

GASAG AG (vormals: Gasag Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft)

Berlin

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016 und Tätigkeitsabschluss

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin (vormals: Gasag Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin)

1 GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Vom Grundkapital der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, nachfolgend GASAG genannt, hielten zum 31. Dezember 2016 die E.ON Beteiligungen GmbH, Düsseldorf, 36,85%, die Vattenfall GmbH, Berlin, und die ENGIE Beteiligungs GmbH, Berlin, jeweils einen Anteil von 31,575%.

Die GASAG ist Muttergesellschaft des GASAG-Konzerns. Der von Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte Jahresabschluss des GASAG-Konzerns wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers (Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Köln) eingereicht und veröffentlicht. Er kann bei der GASAG angefordert werden und steht darüber hinaus im Internet unter www.gasag.de zur Verfügung.

1.1 Geschäftsmodell

Die GASAG ist ein führender Energiedienstleister in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Als Unternehmen mit einer 170-jährigen Tradition stehen wir mit unseren Tochterunternehmen insbesondere für eine verlässliche, günstige und klimaschonende Energielieferung, für dezentrale Energieversorgung und innovative Energiedienstleistungen sowie für die Erzeugung und Verteilung erneuerbarer Energien.

Zur Geschäftstätigkeit der GASAG zählen im Wesentlichen der Vertrieb von Erdgas, Wärme und Strom sowie der Handel mit Energien, insbesondere in Berlin, aber auch bundesweit. Darüber hinaus umfasst sie den Bereich der dezentralen Energieversorgung und -erzeugung, Aktivitäten in der Wärmewirtschaft insgesamt sowie Infrastruktur- und Energiedienstleistungen. Weitere Tätigkeiten sind die gewerbliche Betätigung auf dem Gebiet der Daten- und Informationsverarbeitung und -übertragung, die Vermarktung eigener Ressourcen sowie die Mitarbeiterüberlassung für Tätigkeitsbereiche mit Spezialkenntnissen. Ferner erbringt die GASAG kaufmännische und administrative Leistungen für alle Konzernunternehmen. Die GASAG übernimmt in der Funktion der Konzernleitung die Steuerung der Unternehmen der GASAG-Gruppe. Hierzu gehören die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung, das Finanzmanagement, die Optimierung der Beschaffungsportfolios und das Risikomanagement.

Die mit der vorgenannten Geschäftstätigkeit verbundenen Leistungen im Zusammenhang mit Verbrauchsabrechnungs- und Ablesedienstleistungen, Messgerätemanagement sowie die Errichtung, Wartung, Unterhaltung und Instandsetzung energietechnischer Anlagen, die Kundenbetreuung und das Forderungs- und Mahnwesen werden von Tochterunternehmen der GASAG wahrgenommen.

Unsere Tochtergesellschaft, die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, betreibt als Netzgesellschaft das Gasnetz der GASAG, vermarktet die Netzkapazitäten und bietet ihre Dienstleistung als Netzbetreiber in Berlin an. Zu diesem Zweck hat die NBB das Gasnetz von der GASAG gepachtet. Die Netzpachtermittlung berücksichtigt sowohl die einschlägigen Bestimmungen der Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) als auch die gesetzlichen oder untergesetzlichen Grundlagen der Berechnung der Transportentgelte der NBB, sofern sie in direktem Zusammenhang mit den Grundlagen der Pachtermittlung stehen.

Unsere Tochtergesellschaft, die Berliner Erdgasspeicher GmbH, Berlin, nachfolgend BES genannt, betreibt den Berliner Erdgasspeicher der GASAG. Die wirtschaftlich schwierige Situation für Erdgasspeicher führt dazu, dass ein nachhaltiger Betrieb des in Berlin-Charlottenburg liegenden Erdgasspeichers nicht mehr möglich ist. Vor diesem Hintergrund ist zum Ende des Jahres 2016 die Entscheidung getroffen worden, das Stilllegungsverfahren in Kontakt mit dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe in 2017 einzuleiten und die Vermarktung von Speicherkapazitäten zum 1. April 2017 einzustellen. Die GASAG, als Eigentümerin des Betriebs und der Anlagen des Berliner Erdgasspeichers, hat für die BES eine Patronatserklärung dahingehend abgegeben, das Tochterunternehmen stets mit dem notwendigen Kapital auszustatten, um insbesondere alle sich aus den bergrechtlichen Zulassungen ergebenden Anforderungen, bergbehördlichen Auflagen und Anordnungen zeitgerecht erfüllen zu können.

Unser unternehmerisches Handeln insgesamt und unsere Geschäftstätigkeiten im Einzelnen sind stark von externen Faktoren beeinflusst, mit Auswirkungen auf unsere Ertragslage. Hierzu zählen vor allem regulatorische Vorgaben, die Rahmenbedingungen für die Vergabe von Konzessionen und deren Nutzung sowie die im Zusammenhang mit der Energiewende stehenden gesetzlichen Anforderungen. Ein weiterer wichtiger die Ertragslage beeinflussender Faktor ist der Temperaturverlauf.

Die Unternehmensbereiche der GASAG und der Tochterunternehmen werden den Geschäftsfeldern Erzeugung, Energiedienstleistungen, Vertrieb, Netze, Speicher und Servicebereich zugeordnet.

Die im Zusammenhang mit der Asset-Owner-Funktion wahrzunehmenden Tätigkeiten der Eigentümer des Energieversorgungsnetzes und des Berliner Erdgasspeichers sind dem Geschäftsfeld Netze beziehungsweise dem Geschäftsfeld Speicher zugeordnet.

1.2 Strategien, Ziele und Maßnahmen

Unsere strategische Ausrichtung als Energiedienstleister haben wir in 2016 weiter umgesetzt. Im Ergebnis wird das Kerngeschäft der GASAG-Gruppe, bestehend aus den Geschäftsfeldern Netze und Vertrieb, weiter optimiert, die Erzeugung erneuerbarer Energien, soweit es die bestehenden und künftigen Rahmenbedingungen ermöglichen, ausgeweitet und die Energiedienstleistungen im standardisierten Produkt- und komplexeren Projektgeschäft in unseren Kernregionen und darüber hinaus auf- und ausgebaut. Das Kerngeschäft bleibt dabei die Basis für die Zielerreichung und für die Sicherung der Finanzierung von Innovationen und Neuentwicklungen. Die Ergebnisse aus Benchmarking Aktivitäten sind in die Planung eingeflossen. Damit sind Kostensenkungs- und Effizienzziele gesetzt, die eine Optimierung im Kerngeschäft weiter unterstützen. Unsere Angebote wie dezentrale Energielösungen, intelligente Mess- und Steuerungstechnik oder auch individuelle Abrechnungsdienstleistungen erweitern wir um energienahe Dienstleistungen.

Die Energiemärkte haben sich in den letzten Jahren radikal verändert. Dies war Anlass für uns, um mit einem neuen modernen Markenauftritt, der einen Bogen von der Imagekommunikation zur vertrieblichen Ebene spannt, die Entwicklung der GASAG vom reinen Gasversorger zum breit aufgestellten Energiedienstleister zu unterstreichen.

Neben den klassischen Angeboten für die Strom-, Erdgas- und Wärmeversorgung bieten wir unseren Kunden ein beständig wachsendes Portfolio innovativer Energielösungen. Dies spiegelt den zukunftsorientierten Ansatz der Unternehmensstrategie in einem modernen Wettbewerbsumfeld wider. Wir gehen davon aus, dass innerhalb weniger Jahre branchenfremde Anbieter mit digitalen Services die Strukturen des Marktes verändern und vertraute Geschäftsmodelle der gesamten Branche erneuert werden könnten. Daher setzt die GASAG auch auf Geschäftslösungen, die von der Start-Up-Szene entwickelt werden und unterstützt als Industriepartner zum Beispiel den StartGreen Award sowie das A²- Accelerator Programm in Berlin-Adlershof. Im Zuge der Digitalisierung (fast) aller gesellschaftlichen Bereiche, verbunden mit den Herausforderungen wachsender Metropolen, hat sich in den letzten Jahren die Idee der Smart City Berlin entwickelt. Ein Referenzort für den Transformationsprozess entsteht beispielsweise auf dem EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg - dem ehemaligen Gaswerksgelände der GASAG, bei dem energetisch optimierte Gebäude, ein lokales Micro Smart Grid sowie geringe Betriebskosten durch Nutzung regenerativer Energien im Mittelpunkt der Entwicklung stehen.

Im Geschäftsfeld Erzeugung sind unsere strategischen Ziele nach Abschluss der Optimierung der Biogaserzeugung in den Bestandsanlagen insbesondere auf die Investitionen in Windkraftanlagen gerichtet. In 2016 haben wir den ersten Windpark in Brandenburg erworben. Investitionen in weitere schlüsselfertige Windparks sowie partnerschaftliche Entwicklungen von Windparks und die Nutzung der Chancen, welche sich aus den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben, sind Teil unserer Ziele.

Weiterhin engagieren wir uns im Bereich der Solarenergie. Hierfür hat die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus (SpreeGas) mit mehreren Photovoltaik-Freiflächenanlagenprojekten im südlichen Brandenburg die Weichen gestellt. Die Errichtung dieser Anlagen ist beginnend in 2017 geplant und dient insbesondere der Stärkung der regionalen Verankerung.

Im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen wollen wir als Anbieter und Umsetzer von Lösungen im Standard- und im komplexen Projektgeschäft erfolgreich sein. Unser Produktportfolio umfasst dabei sowohl das klassische Wärme-Contracting-Geschäft sowie innovative Energievermarktungskonzepte, wie unser virtuelles Kraftwerk, und die Aufnahme, Dokumentation und Auswertung vorhandener Energiedaten mit dem Ziel, dem Kunden Effizienzpotenziale aufzuzeigen und darauf aufbauende Energiekonzepte für ihn zu entwickeln. Mit dem Angebot von Energiehandelslösungen hat die GASAG-Gruppe bestehende Handelskompetenzen für externe Kunden eröffnet. Mehrwertlösungen schließlich runden das Energiedienstleistungsportfolio ab. Hierbei handelt es sich um die Subsumtion neuartiger Lösungen wie beispielsweise im Bereich Smart-Home. Dazu sind wir in 2016 eine Mehrheitsbeteiligung an dem Smart-Home-Anbieter Provedo GmbH, Leipzig, eingegangen. Auch im Bereich Eco-Mobilität gestalten wir mit Elektroautos, die Strom aus einem GASAG-Klimakraftwerk nutzen, den Weg zu einer energieeffizienten und emissionsarmen Mobilität. Gemeinsam mit Partnern der Berliner Wohnungswirtschaft haben wir deshalb ein E-Carsharing-Modell entwickelt. Unsere vielfältigen Produkte und Lösungen lassen sich kundenspezifisch kombinieren und werden aus einer Hand angeboten.

Mit der Beteiligung an der Gesellschaft G2Plus GmbH, Berlin, setzen wir gemeinsam mit dem Mitgesellschafter der Gegenbauer Facility Management GmbH, Berlin, zusätzlich auf Kooperationen, um komplexe Kundenbedürfnisse zu bedienen und unseren Zugang zu Ressourcen, Kompetenzen, neuen Kunden und Regionen auszubauen. Um auch die interne Organisation an den Anforderungen des wachsenden Geschäftsfeldes auszurichten, planen wir die bestehenden EDL-Einheiten der GASAG-Gruppe (GASAG Contracting GmbH, Berlin, umetriq Metering Services GmbH, Berlin) und den Unternehmensbereich Ganzheitliche innovative Kundenlösungen der GASAG in eine neue zukunftsfähige Zielorganisation, die GASAG Solution Plus GmbH, überführen. Die Zusammenführung bildet die Voraussetzung für die Organisation, um schnell und flexibel auf Marktentwicklungen reagieren zu können.

Mit der Vermarktungsplattform GASAG EcoPool bieten wir attraktive Dienstleistungen zur ganzheitlichen Energieversorgung für gewerbliche Kunden an. Die Angebotspalette reicht von klassischen Vermarktungsdienstleistungen an den Stromgroßhandelsmärkten (Regelleistung, Spot, Termin) über die Residualstrombelieferung bis hin zu maßgeschneiderten Beratungsdienstleistungen rund um die dezentrale Stromerzeugung. Die GASAG konnte zahlreiche Neukunden gewinnen und bündelt nun mehr als 120 MW an erneuerbaren Kraftwerken mit einer erwarteten Jahresarbeit von rund 170 GWh; vor allem Biogas-, Photovoltaikanlagen und Erdgas-BHKW. Die vermarktete Strommenge entspricht dem Jahresbedarf von etwa 60.000 Haushalten.

Im Geschäftsfeld Vertrieb ist unsere Strategie auf die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit in unserem Heimatmarkt Berlin-Brandenburg sowie auf gezieltes überregionales Wachstum in ausgewählten Kundensegmenten ausgerichtet.

Die Schwerpunkte lagen 2016 in der Digitalisierung der Vertriebs- und Kundenserviceprozesse und in der Steigerung der Werthaltigkeit unserer Kundenbeziehungen. Weiterhin setzen wir auf die erfolgreich etablierte duale Vermarktung von Strom und Gas. Der Stromvertrieb konnte mit nahezu 100.000 Kunden seine kurzfristigen Ziele mehr als erfüllen. Wichtige Schritte in der Erweiterung des Produktportfolios und des Leistungsspektrums sind durch die Einführung von beispielsweise Photovoltaik mit Stromspeicher als Produktangebot für Privatkunden gestaltet worden. Zentraler Bestandteil der Vertriebsstrategie bleibt das profitable Wachstum.

Das Geschäftsfeld Netze umfasst die Netzbetriebe für das Gas- und Stromgeschäft. Der Erhalt und Ausbau des Netzgeschäfts ist Bestandteil unserer Strategie. Zur Einführung eines Informationssicherheitsmanagementsystems nach DIN ISO/IEC 27001 (ISMS) wurde im Januar 2016 ein GASAG-Konzernprojekt gestartet. Wobei die Einführung des ISMS schwerpunktmäßig die NBB als Betreiber der kritischen Infrastrukturen betreffen wird. Die Zertifizierung der NBB gemäß IT-Sicherheitskatalog ist für 2017 geplant.

Die Rekommunalisierung stellt auch zukünftig eine wesentliche Komponente im Konzessionswettbewerb dar. Die kommunale Partizipation, beispielsweise durch das Eingehen von Kooperationen ist daher weiterhin ein wichtiger Aspekt unserer Strategie. Netzerweiterungen und Verdichtungsmaßnahmen stärken die Marktposition des Energieträgers Erdgas.

1.3 Umwelt und Technologie

In 2016 konnte die GASAG-Gruppe auf Basis des Energieträgers Erdgas und mit den erneuerbaren Energiequellen Biogas, Photovoltaik und Wind sowie verschiedener Effizienztechnologien ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten.

Mit der 4. Klimaschutzvereinbarung für den Zeitraum 2011 bis 2020 unterstützt die GASAG aktiv die Energie- und Klimapolitik des Berliner Senats. Ziel der seit 1998 zwischen der GASAG und dem Land Berlin abgeschlossenen Klimaschutzvereinbarungen ist die Reduktion von zwei Mio.t CO₂ bis 2020. Durch die in den Klimaschutzvereinbarungen mit dem Land Berlin festgelegten GASAG-Maßnahmen konnte

bereits eine Gesamteinsparung von rund 1,43 Mio.t CO₂ realisiert werden. Effizienzmaßnahmen, dezentrale KWK-Lösungen, Förderung von Mobilitätskonzepten, Smart-Metering-Lösungen, Optimierung des Erdgasnetzes sowie die energetische Optimierung von Liegenschaften und Betriebsausstattungen sind ein Auszug unserer Tätigkeiten innerhalb der Klimaschutzvereinbarung.

Unsere Unternehmen fördern eine nachhaltige und systematische Reduktion der energiebezogenen Leistungen durch die Einführung und Aufrechterhaltung eines Energiemanagementsystems gemäß DIN ISO 50001.

Windkraft

Die GASAG übernahm in 2016 einen Windpark, der südlich von Berlin schlüsselfertig errichtet wurde. Die Gesamtleistung der drei Windkraftanlagen beläuft sich auf 7,5 MW. Die geplante jährliche Stromerzeugung liegt bei 21,5 Mio. kWh. Mit dieser Menge können bis zu 15.000 Haushalte versorgt und rund 11,5 Tsd. t CO₂ eingespart werden.

Photovoltaik

Die GASAG betreibt in Berlin-Mariendorf die größte Photovoltaik-Anlage Berlins. Mit Hilfe von über 7.000 Solarmodulen wird klimafreundliche Energie erzeugt. Insgesamt konnten damit rund 1,1 t CO₂ -Emissionen (errechnet mit Emissionsfaktor 583 g CO₂ je kWh) vermieden werden. Mit einer Gesamtleistung von knapp 2 MW kann die Anlage rund 2.000 Haushalte mit umweltfreundlichem Strom versorgen. Für die im Süden Brandenburgs entstehenden Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen sind 10 MW und rund 31.000 Solarmodule geplant. Damit lassen sich über 5,0 t CO₂ -Emissionen einsparen.

Bio-Erdgas

Die Biogasanlagen der GASAG Bio-Erdgas Schwedt GmbH in Schwedt und der Bio-Erdgas Neudorf GmbH in Groß Pankow erzeugen für Kommunen, Privatkunden und Betreiber von Blockheizkraftwerken Bio-Erdgas und speisen dieses in das Erdgasnetz ein. Die in Schwedt außerdem betriebenen Blockheizkraftwerke erzeugen für die externe Vermarktung Strom aus Biogas.

Erdgas-Mobilität

Aus E(rd)gas-Mobilität wird Eco-Mobilität. Eco-Mobilität steht für emissionsarme Elektro- und Erdgas-Mobilität. Der Leitgedanke ist die Einbindung regenerativer Energieträger im Bereich der Mobilität zur Erreichung der CO₂ -Einsparungsziele.

Die GASAG-Gruppe betreibt in Berlin und Brandenburg 18 der 71 öffentlichen Erdgastankstellen, zumeist in Kooperation mit Mineralölunternehmen. Insgesamt wurden in 2016 über diese Erdgastankstellen 33,4 Mio. kWh (Vj. 40,6 Mio. kWh) Erdgas verkauft. Erdgas verursacht fast keinen Feinstaub und deutlich geringere NO_x- und CO₂ -Emissionen als herkömmliche Kraftstoffe.

ErdgasPlus-Technologien

Viele unserer Kunden entscheiden sich für die umweltschonende und hocheffiziente Brennwerttechnologie mit oder ohne solare Zusatzheizung. Ebenso fanden die Kraft-Wärme-Kopplung, Gaswärmepumpen sowie Bio-Erdgas-Angebote, insbesondere in Hinblick auf die Anforderungen der Energieeinsparverordnung, im Markt Interesse.

2 WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die für die Geschäftsentwicklung der GASAG relevante bundesdeutsche Konjunktur ist in 2016 auf Wachstumskurs geblieben und hat sogar eine leichte Zunahme des Wirtschaftswachstums zum Jahresende gezeigt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist laut Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) und dem Statistischen Bundesamt in 2016 um 1,9% gewachsen. Für 2017 wird eine stabile Entwicklung mit einer Wachstumsrate von 1,5% erwartet.

Mit 3,0% im Jahr 2016 dürfte das Wirtschaftswachstum für Berlin nach Aussage der Investitionsbank Berlin (IBB) überdurchschnittlich stark gewachsen sein. Wie in den vergangenen Jahren liegt Berlin wegen des hohen Dienstleistungsanteils, insbesondere mit einem deutlich steigenden Wachstumsanteil der Digitalwirtschaft sowie dem starken Bauhauptgewerbe über dem Bundesdurchschnitt.

Für Berlin zeigt die im Herbst 2016 durchgeführte Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) einen Geschäftsklimaindex (GKI) von 136 Punkten auf dem Niveau zum Jahresbeginn.

Der Energieverbrauch in Deutschland hat in 2016 nach Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. (AGEB), Berlin, insgesamt über dem Niveau des Vorjahres gelegen. Der zum Jahresende um 1,6% höhere Verbrauch als im entsprechenden Vorjahreszeitraum geht im Wesentlichen auf den diesjährigen Schalttag, das Wirtschaftswachstum sowie den Bevölkerungszuwachs zurück. Die im Vergleich zum langjährigen durchschnittlichen Temperaturverlauf milde Witterung sowie Verbesserungen bei der Energieeffizienz wirkten sich im Jahresverlauf verbrauchsdämpfend aus.

Der Erdgasverbrauch erhöhte sich dagegen deutlich um 10,0% im Vergleich zum Vorjahr. Hauptursache des Anstiegs war die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung sowie der Mehreinsatz von Erdgas zur Stromerzeugung sowohl in den Kraftwerken der Stromversorger als auch in Kraftwerken der Industrie. Die GASPOOL-Tagesreferenzpreise sind von 15,02 €/MWh am Jahresbeginn auf 19,35 €/MWh zum Jahreswechsel gestiegen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben die Geschäftslage der GASAG in 2016 positiv beeinflusst.

2.2 Energiepolitische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2016 war gekennzeichnet durch eine Vielzahl energiepolitischer Aktivitäten. Auf EU-Ebene wurden klima- und energiepolitische Ziele und Maßnahmen für deren Erreichung vorgestellt. Auf Ebene des Bundes wurde die Digitalisierung der Energieversorgung gesetzlich geregelt. Gleichzeitig wurden von der Bundesregierung verstärkt die Themen Energieeffizienz und Sektorkopplung als Instrumente für den Klimaschutz positioniert.

Folgende energiepolitische Aktivitäten haben hohe Relevanz für die GASAG:

2.2.1 Europäische Gesetzgebung

Ende November hat die EU-Kommission ihr sogenanntes Winterpaket vorgestellt. Darin präsentiert sie in vier Richtlinien und vier Verordnungen Legislativvorschläge für das europäische Energiemarktdesign und zur Novellierung der EU-Energieeffizienz- und Erneuerbaren-Energien-Richtlinie. So sollen sich beispielsweise die 28 Mitgliedstaaten verbindlich darauf festlegen, die EU-weite Energieeffizienz bis 2030 um 30% zu steigern. Dabei setzt die EU-Behörde vor allem auf die Sanierung des Gebäudesektors. Im folgenden Rechtssetzungsverfahren wird die konkrete Ausgestaltung des Winterpakets definiert.

2.2.2 Nationale Gesetzgebung

Anreizregulierungsverordnung

Die Anreizregulierungsverordnung wurde novelliert und trat im September 2016 in Kraft. Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat im Oktober 2016 die Eigenkapitalzinssätze für die 3. Anreizregulierungsperiode neu festgelegt. Die Neufestlegung führt im Vergleich zur 2. Anreizregulierungsperiode zu einer Reduzierung der Eigenkapitalzinssätze auf 6,9% vor Steuern.

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende

Im Juli 2016 ist das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Verbindung mit dem Messstellenbetriebsgesetz durch den Bundesrat bestätigt und im September im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Der wesentliche Regelungsinhalt zu den technischen und preislichen Vorgaben des Gesetzes zur smarten Mess- und Steuerungstechnik bezieht sich im ersten Schritt ausschließlich auf den Stromsektor und wird im Rahmen der Betriebsführung für die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst, (NFL) berücksichtigt. Durch Inkrafttreten des Gesetzes wurde bestätigt, dass die Verteilnetzbetreiber, in ihrer Rolle als grundzuständige Messstellenbetreiber (gMSB), Hauptakteure des Rollouts sein werden.

Erneuerbare-Energien-Gesetz

Im Sommer wurde die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vom Bundestag verabschiedet. Ab 2017 wird die Förderung für die Technologien Wind-, Photovoltaik- und Biomasseanlagen ausgeschrieben, so dass rund 80% der jährlich durch den Zubau von neuen Erneuerbare-Energien-Anlagen erzeugten Strommengen im Ausschreibungsverfahren erfasst sein werden.

Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und des EEG

Mitte Dezember wurde vom Bundestag und Bundesrat das Gesetz zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung beschlossen. Dieses Gesetz ist im Januar 2017 in Kraft getreten und setzt im Wesentlichen beihilferechtliche Vorgaben der EU-Kommission um. Kernpunkte sind insbesondere die Einführung von Ausschreibungen im KWKG für Anlagen zwischen einem und 50 MW und Anpassungen bei der Eigenversorgung im EEG. Die Eigenversorgung bleibt bei Bestandsanlagen (Inbetriebnahme vor dem 1. August 2014) zwar von der EEG-Umlage befreit. Nach substantiellen Modernisierungen ab 2018 sollen Bestandsanlagen der Eigenversorgung jedoch bis zu 20% der EEG-Umlage zahlen.

Netzentgeltmodernisierungsgesetz

Das Bundeskabinett hat im Januar 2017 den Entwurf des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes (NeMoG) beschlossen, nach dem die bisher für dezentrale Stromeinspeisung zum Beispiel an Betreiber von KWK-Anlagen gezahlten vermiedenen Netznutzungsentgelte (vNNE) für Neuanlagen abgeschafft und für Bestandsanlagen stufenweise bis 2030 ebenfalls auf null abgesenkt werden sollen.

Klimaschutzplan 2050 und Grünbuch Energieeffizienz

Als Vorbereitung für die UN-Klimakonferenz in Marrakesch im November 2016 hat das Bundeskabinett nach kontrovers geführten Debatten den vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) vorgelegten Klimaschutzplan 2050 beschlossen. Damit soll der Weg aufgezeigt werden, wie Deutschland bis 2050 klimaneutral werden soll. Definiert wurden darin sektorspezifische CO₂-Einsparziele bis 2030, wobei der Gebäudesektor mit einer Vorgabe von 67% den größten Anteil beisteuern soll. Wichtigster Leitgedanke zur Erreichung der Ziele ist die im Grünbuch Energieeffizienz konkretisierte energiepolitische Orientierung "Efficiency First" - Energieeffizienz als zentrale Säule der Energiewende - und die Elektrifizierung des Wärme- und Verkehrssektors (Sektorkopplung). Das Grünbuch Energieeffizienz wurde im Sommer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) als Handlungsempfehlung präsentiert. Im Rahmen eines bereits gestarteten Konsultationsprozesses sollen auf dieser Basis mit verschiedenen Stakeholdern Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung der Energieeffizienzstrategie und Sektorkopplung erarbeitet werden. Ergebnisse hierzu werden voraussichtlich im Frühjahr 2017 in einem Weißbuch vorgestellt werden.

2.2.3 Berliner Gesetzgebung

Das Land Berlin soll bis 2050 klimaneutral werden. Formal wurde dieses Ziel jetzt auch im Berliner Energiewendegesetz festgelegt, das im März 2016 vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde.

Die neue Regierungskoalition aus SPD, Die Linke und Bündnis 90 / Die Grünen unterstreicht in ihrer Koalitionsvereinbarung, dass die Energiewende und der Klimaschutz in den folgenden fünf Jahren zentrale Vorhaben sein werden.

Sie bekennt sich in dem Kontext dazu, die Ziele durch öffentliche Vorbildfunktion und sozialverträgliche Maßnahmen umzusetzen. Als Leitschnur für die Energie- und Klimaschutzpolitik der Regierungskoalition sollen dabei die Empfehlungen aus dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm und dem Bericht der Enquete-Kommission dienen.

Für die GASAG als langjährigen Klimaschutzpartner des Landes ergeben sich daraus wichtige Anknüpfungspunkte, beispielsweise bei der Umsetzung der Entwicklung von Quartierskonzepten mit Einsatz von dezentralen KWK-Systemen oder bei der Unterstützung von Beratungs- und Informationskampagnen zur Erhöhung der Modernisierungsraten von Bestandsimmobilien.

2.3 Geschäftsverlauf

2.3.1 Gasabsatz

Der Temperaturverlauf im Absatzgebiet Berlin lag im Geschäftsjahr 2016 über dem Niveau des Normaljahres.

Gegenüber dem Vorjahreswert von 10,7°C war die Jahresmitteltemperatur 2016 mit 10,2°C für Berlin um 0,5°C niedriger. Damit einhergehend erhöhten sich die Heizgradwerte im Vergleich zum Vorjahr um 3,1%.

Der Gasabsatz der GASAG liegt analog zum allgemeinen Markttrend in 2016 mit 21.902,2 Mio. kWh leicht über dem Vorjahresniveau.

2.3.2 Stromabsatz

Infolge verstärkter Marktaktivitäten erhöhte sich der Stromabsatz im Geschäftsjahr 2016 deutlich gegenüber dem Vorjahr von 167,8 Mio.kWh auf 382,1 Mio.kWh.

2.3.3 Erdgasspeicher

Der Aufsichtsrat der GASAG hat im Dezember 2016 den Beschluss gefasst, in 2017 das Stilllegungsverfahren für den Berliner Erdgasspeicher einzuleiten. Die Berliner Erdgasspeicher GmbH (BES) wird in 2017 einen Abschlussbetriebsplan beim zuständigen Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) zur Genehmigung einreichen. Das Verfahren wird unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Mit der Zulassung des Abschlussbetriebsplans wird mit den Maßnahmen zur Stilllegung begonnen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen hieraus wurden in diesem Jahresabschluss berücksichtigt.

2.3.4 Überblick zu den Tätigkeitsabschlüssen

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG müssen Unternehmen, die zu einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist für jeden Tätigkeitsbereich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Nach § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG ist im Lagebericht auf die Tätigkeitsbereiche einzugehen.

Für die GASAG leitet sich daraus die Verpflichtung ab, getrennte Tätigkeitsabschlüsse für die Gasverteilung und die Gasspeicherung zu erstellen.

Tätigkeitsabschluss Gasverteilung

Im Tätigkeitsabschluss Gasverteilung werden alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Gasnetz dargestellt. Im Wesentlichen werden hier Umsatzerlöse aus der Verpachtung des Netzes und der Abrechnung von Asset-Owner-Kosten an die NBB ausgewiesen. Im Materialaufwand werden interne Kosten der einzelnen Shared-Service Bereiche direkt verrechnet und Umlagen von Verwaltungsgemeinkosten anteilig geschlüsselt. Die Abschreibungen entfallen im Wesentlichen auf das Gasnetz. In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen die aus der Finanzierung des Gasnetzes resultierenden Aufwendungen enthalten. Ferner fallen Aufwendungen für direkte Kosten des Asset-Owners GASAG an, die im Wesentlichen im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen werden. Der Jahresüberschuss beträgt 33,7 Mio. € (Vj. 40,5 Mio. €). Der Rückgang ist insbesondere auf die hohen Auflösungen von Rückstellungen für Netzderivate und dem Netz zugeordnete einmalige Auflösungen von Rückstellungen für VBL-Sanierungsgelder im Vorjahr zurückzuführen.

Tätigkeitsabschluss Gasspeicherung

Im Tätigkeitsabschluss Gasspeicherung werden alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Berliner Erdgasspeicher dargestellt. Im Wesentlichen werden hier Umsatzerlöse aus der Verpachtung des Erdgasspeichers an die BES ausgewiesen. Im Materialaufwand werden interne Kosten der einzelnen Shared-Service Bereiche direkt verrechnet und Umlagen von Verwaltungsgemeinkosten anteilig geschlüsselt. Die Abschreibungen entfallen im Wesentlichen auf den Erdgasspeicher. In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen die aus der Finanzierung des Rückkaufes des Erdgasspeichers resultierenden Aufwendungen enthalten. Ferner werden die Kosten für den Betrieb der Liegenschaft Glockenturmstraße ausgewiesen, die über die Pachtrate weiterverrechnet werden. Stromverbräuche für den Verdichterbetrieb werden über interne Verrechnungen mittels eines Transferpreises ausgewiesen.

Der Aufsichtsrat hat im Dezember 2016 der Beantragung eines Stilllegungsverfahrens für den Erdgasspeicher beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg in 2017 zugestimmt. Die Erhöhung des Jahresfehlbetrages von -9,6 Mio.€ auf -123,1 Mio.€ resultiert im Wesentlichen aus außerplanmäßigen Abschreibungen auf den Erdgasspeicher in Höhe von 61,4 Mio. €, der Zuführung von Rückstellungen für den Speicherrückbau in Höhe von 45,3 Mio. € sowie der Aufzinsung dieser Rückstellung in Höhe von 10,5 Mio. €.

Übrige Aktivitäten

Die anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und innerhalb des Elektrizitätssektors sowie die Tätigkeiten außerhalb des Gassektors und des Elektrizitätssektors betreffen im Wesentlichen den Gas- und Stromverkauf und die Stromerzeugung aus der Photovoltaikanlage in Berlin-Mariendorf, Contracting, Beteiligungen an Unternehmen mit Ausnahme der NBB und der BES sowie der Service- und Governance-einheiten der GASAG.

2.4 Rechtliche Sachverhalte

Konzessionsverfahren Berlin

Im Rechtsstreit um die Neuvergabe der Gasnetzkonzession verurteilte das Landgericht Berlin das Land Berlin mit Urteil vom 9. Dezember 2014, den Abschluss eines Gaskonzessionsvertrags mit dem Landesbetrieb Berlin Energie oder einem durch Umwandlung des Landesbetriebs Berlin Energie hervorgegangenen Unternehmens zu unterlassen. Im Berufungsverfahren vor dem Berliner Kammergericht erging noch keine Entscheidung in der Hauptsache, das Kammergericht wies jedoch im August 2015 den Antrag auf Nebenintervention des Landesbetriebs Berlin Energie mangels Parteifähigkeit zurück. Diese Entscheidung des

Kammergerichts wurde vom Bundesgerichtshof mit Beschluss vom 18. Oktober 2016 bestätigt. Das Bundeskartellamt ist am kammergerichtlichen Verfahren beteiligt. Die GASAG und das Land Berlin schlossen im Herbst 2016 erneut eine bis zum 31. Dezember 2017 befristete Interimsvereinbarung. Die Bindefrist der Konzessionsangebote von GASAG/NBB wurde zunächst ebenfalls bis zum 31. Dezember 2017 verlängert.

Änderung der Firmierung der GASAG

Die Hauptversammlung der GASAG hat am 16. Dezember 2016 die Änderung der Firma der Gesellschaft in GASAG AG beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister steht noch aus.

3 ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

3.1 Ertragslage

In 2016 wurden erstmals die geänderten Vorschriften des Handelsgesetzbuches durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) angewendet. Durch die Anwendung der Vorschriften des BilRUG ändern sich vor allem die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung und die Zuordnung zu den Umsatzerlösen gemäß der neuen Umsatzerlösdefinition nach § 277 HGB (Art. 75 Abs. 2 EGHGB).

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Mio.€ auf 874,1 Mio.€ (-1,0%) gesunken. Auf Umsatzerlöse aus Erdgaslieferungen entfallen 692,7 Mio.€ (-7,1%). Der Rückgang der Erlöse aus Erdgaslieferungen ist im Wesentlichen auf niedrigere spezifische Absatzpreise zurückzuführen. Darüber hinaus beinhalten die Umsatzerlöse hauptsächlich Erlöse aus der Verpachtung des Gasnetzes an die NBB sowie des Berliner Erdgasspeichers an die BES und die im Zuge des erweiterten Geschäftsumfanges gestiegene Erlöse aus Stromlieferungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um -56,3 Mio.€ auf 30,4 Mio.€ (-64,9%), im Wesentlichen wegen der im Vorjahr enthaltenen teilweisen Auflösung der Rückstellungen für VBL Sanierungsgelder, die in einer Änderung des Sanierungsgeldsatzes und einer Rückgewährung für die Jahre 2013 - 2015 begründet war.

Der Materialaufwand liegt mit 644,2 Mio.€ (-8,3%) unter dem Niveau des Vorjahres (702,7 Mio.€). Dies resultiert im Wesentlichen aus der Entwicklung der Gasbezugskosten sowie einer im Vorjahr gebildeten Rückstellung für Konzessionsabgaberrisiken. Gegenläufig wirken die gestiegenen Strombezugskosten aufgrund des erweiterten Geschäftsumfanges. Die Relation des Materialaufwandes zu den Umsatzerlösen fiel auf 73,7% (Vj. 79,6%). Der Personalaufwand sank um 1,1 Mio.€ auf 33,6 Mio.€ (-3,2%). Die Verminderung des Personalaufwandes ist im Wesentlichen durch im Vorjahr eingeflossene Einmaleffekte für Personalmaßnahmen bedingt. Die mitarbeiterabhängigen Personalaufwendungen in 2016 erhöhen sich entsprechend der Mitarbeiterzahlen in diesem Jahr gegenüber 2015 geringfügig.

Der durchschnittliche Mitarbeiterbestand ohne Auszubildende, Vorstand und Mitarbeiter, die sich in der passiven Phase der Altersteilzeit oder im ruhenden Arbeitsverhältnis befanden, erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 385 Mitarbeitern auf 396 Mitarbeiter.

Die Abschreibungen erhöhten sich um 55,3 Mio.€ auf 116,0 Mio.€ (91,1%). Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 61,4 Mio.€ (Vj. 6,0 Mio.€) betreffen den Berliner Erdgasspeicher.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Geschäftsjahr um 21,7 Mio.€ auf 118,4 Mio.€ (22,4%) gestiegen. Die unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesenen Zuführungen zu den Rückstellungen resultieren im Wesentlichen aus dem Beschluss zur Einleitung des Stilllegungsverfahrens für den Berliner Erdgasspeicher.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor dem Finanz- und Beteiligungsergebnis (EBIT) liegt mit -27,1 Mio.€ deutlich unter dem Vorjahresergebnis (Vj. 57,6 Mio.€). Dies ist im Wesentlichen auf die hohen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Berliner Erdgasspeicher zurückzuführen.

Das Finanz- und Beteiligungsergebnis verschlechterte sich von -17,6 Mio.€ im Vorjahr auf -19,4 Mio.€ im Geschäftsjahr. Die Veränderung beruht im Wesentlichen auf dem Rückgang der Beteiligungserträge sowie den Zinseffekten aus Rückstellungen. Im Ergebnis sind 21,3 Mio.€ Beteiligungserträge (Vj. 28,5 Mio.€) enthalten; davon entfallen im Wesentlichen auf die verbundenen Unternehmen EMB, 14,2 Mio.€ (Vj. 19,6 Mio.€), SpreeGas, 2,8 Mio.€ (Vj. 4,6 Mio.€) und GASAG Contracting 2,5 Mio.€ (Vj. 3,2 Mio.€).

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 7,6 Mio.€ gegenüber 12,5 Mio.€ im Vorjahr. Aus dem Gesellschaftsvertrag zwischen der GASAG und der NBB resultiert ein Gewerbesteueraufwand bei der GASAG in Höhe von 7,1 Mio.€ gegenüber der NBB (Vj. 7,0 Mio.€).

Die GASAG weist per 31.12.2016 einen körperschaftsteuerlichen Verlustvortrag in Höhe von 112,9 Mio.€ sowie einen gewerbesteuerlichen Verlustvortrag in Höhe von 173,3 Mio.€ aus. Aufgrund der hohen Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Beschluss zur Einleitung des Stilllegungsverfahrens für den Berliner Erdgasspeicher ergibt sich für das Geschäftsjahr 2016 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -34,8 Mio.€.

Im EBIT ist ein neutrales Ergebnis in Höhe von -86,8 Mio.€ (Vj. -7,9 Mio.€) enthalten, das im Wesentlichen durch die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Berliner Erdgasspeicher beeinflusst ist.

3.2 Finanzlage

3.2.1 Kapitalstruktur

Der Finanzierungsbedarf der GASAG wird aus dem operativen Cashflow, durch kurz- und langfristige Bankkredite, Schuldscheindarlehen sowie Leasingverträge gedeckt. Dabei orientieren sich Art und Umfang der Finanzierung an den geplanten Investitionen und am operativen Geschäft der GASAG.

Die Kreditlinien der GASAG werden von insgesamt acht Banken, teilweise ohne Laufzeitbegrenzung, bereitgestellt. Die verzinslichen Darlehen sind auf 43 Banken und sonstige Finanzpartner diversifiziert.

Innerhalb der Netzfinanzierung ist weiterhin der Übergang in eine langfristige Endfinanzierung vereinbart, wenn die Konzession bestandskräftig an die GASAG oder an eine Tochtergesellschaft der GASAG vergeben wird. Somit ist die langfristige Finanzierung des Berliner Netzes abgesichert.

3.2.2 Liquidität

Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs nutzt GASAG eine rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung. Hierbei wird für die Liquiditätsplanung ein konzernweit einheitliches System eingesetzt, das die Durchführung des Liquiditätsmanagements unterstützt und das Monitoring der Liquiditätsentwicklung sicherstellt. Dabei war die GASAG jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3.2.3 Kapitalflussrechnung

Die Liquiditäts- und Kapitalausstattung setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	2016 Mio. €	2015 Mio. €
Periodenergebnis vor Ertragsteuern	-27,2	57,2
Gezahlte Ertragsteuern	-7,9	-21,1
Veränderung Working Capital	0,7	-2,1
Veränderung Übrige Posten	164,4	54,6
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	130,0	88,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-28,3	-35,9

	2016 Mio. €	2015 Mio. €
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-112,5	-104,4
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	45,1	55,9

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit der GASAG erhöht sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 130,0 Mio. € (Vj. 88,6 Mio. €). Der Anstieg resultiert maßgeblich aus einer Verbesserung des Jahresergebnisses bereinigt um die nicht Cashflow-wirksamen Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Beschluss zur Einleitung des Stilllegungsverfahrens für den Berliner Erdgasspeicher sowie aus den geringeren gezahlten Ertragsteuern.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von -28,3 Mio. € (Vj. -35,9 Mio. €) sind im Wesentlichen die Auszahlungen für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen für Gasverteilungsanlagen in Höhe von -36,5 Mio. € (Vj. -61,1 Mio. €) und für Gesellschafterdarlehen in Höhe von -12,7 Mio. € (Vj. -6,7 Mio.) sowie für den Erwerb von Gesellschaftsanteilen in Höhe von -4,5 Mio. € (Vj. -0,4 Mio. €) enthalten. Gegenläufig wirken erhaltene Dividenden von Beteiligungsgesellschaften in Höhe von 21,3 Mio. € (Vj. 28,5 Mio. €).

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -112,5 Mio. € (Vj. -104,4 Mio. €) zeigt im Wesentlichen die Ausschüttung an die Anteilseigner in Höhe von -35,7 Mio. € (Vj. -30,9 Mio. €), Tilgungen langfristiger Darlehen in Höhe von -56,2 Mio. € (Vj. -50,8 Mio. €) sowie die gezahlten Zinsen in Höhe von -21,5 Mio. € (Vj. -24,3 Mio. €).

Der Finanzmittelfonds in Höhe von 45,1 Mio. € (Vj. 55,9 Mio. €) besteht neben dem Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 64,9 Mio. € (Vj. 80,7 Mio. €) auch aus Forderungen aus Kontenclearing gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 11,7 Mio. € (Vj. 12,3 Mio. €) abzüglich der Verbindlichkeiten aus Kontenclearing in Höhe von -31,4 Mio. € (Vj. -37,1 Mio. €).

3.2.4 Nettofinanzposition

Die Nettofinanzposition ergibt sich aus dem Bestand an flüssigen Mitteln vermindert um die Finanzverbindlichkeiten.

	2016 Mio. €	2015 Mio. €
Liquide Mittel	64,9	80,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-463,4	-519,1
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-52,4	-57,2
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	-261,2	-271,3
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	-149,8	-190,5
Nettofinanzposition	-398,5	-438,4

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 95,5% (Vj. 94,7%) variabel verzinslich. Die variabel verzinslichen Darlehen sind im Wesentlichen mit Derivaten gesichert.

Die Bandbreite der Zinssätze für fest verzinsliche Darlehen liegt zwischen 2,0% und 4,3% (Vj. 2,0% und 5,9%).

3.3 Vermögenslage



Die Immateriellen Vermögensgegenstände erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio.€ auf 37,3 Mio.€ (0,5%). Als immaterielle Vermögensgegenstände sind im Wesentlichen Grunddienstbarkeiten mit 31,2 Mio.€ (Vj. 30,6 Mio.€) ausgewiesen.

Das Sachanlagevermögen hat sich im Berichtsjahr mit 730,3 Mio.€ (-9,4%) im Vergleich zum Vorjahr vermindert (Vj. 806,4 Mio.€). Der Rückgang in den Sachanlagen ergibt sich im Wesentlichen aus den Abschreibungen in Höhe von 113,5 Mio.€, in denen außerplanmäßige Abschreibungen auf den Berliner Erdgasspeicher in Höhe von 61,4 Mio.€ (Vj. 5,9 Mio.€) enthalten sind. Den Abschreibungen stehen Investitionen in Höhe von 38,0 Mio.€ gegenüber.

Das im Berliner Erdgasspeicher befindliche Kissengas wird in Höhe von 41,7 Mio.€ bis zur Ausspeicherung im Sachanlagevermögen und nicht unter Vorräte ausgewiesen.

Die Finanzanlagen liegen mit 351,1 Mio.€ (1,6 %) auf dem Niveau des Vorjahres (Vj. 345,6 Mio.€). Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an verbundene Unternehmen zurückzuführen. Des Weiteren wurden eine Zuschreibung und eine Wertberichtigung auf Anteile an verbundenen Unternehmen vorgenommen sowie Zugänge aus den Anteilserwerben bilanziert.

Der Bestand der Vorräte hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,4 Mio.€ auf 30,4 Mio.€ (-17,4 %) vermindert. Der Bestand betrifft im Erdgasspeicher gespeichertes Arbeitsgas.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich insgesamt um 13,6 Mio.€ auf 136,3 Mio.€ (11,1 %) erhöht. Auf der Kapitalseite verminderte sich das Eigenkapital ergebnisbedingt um 70,5 Mio.€ auf 492,4 Mio.€ (-12,5%). Bei gleichzeitig um 79,4 Mio.€ auf 1.351,4 Mio.€ (-5,5%) gesunkener Bilanzsumme liegt die Eigenkapitalquote bei 36,4% (Vj. 39,3%). Im Juni 2016 erhielten die Aktionäre der GASAG eine Dividende in Höhe von 35,7 Mio.€ (Vj. 30,9 Mio.€).

Die Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr um 48,5 Mio.€ auf 275,7 Mio.€ (21,3%) erhöht. Im Wesentlichen ist dieser Anstieg auf die Rückstellung zum Rückbau des Berliner Erdgasspeichers in Zusammenhang mit dem Beschluss zur Einleitung des Stilllegungsverfahrens in 2017 zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten sanken insgesamt um 53,4 Mio.€ auf 540,7 Mio.€ (-9,0%). Dies resultiert im Wesentlichen aus Tilgungen von Bankdarlehen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und kurzfristigen Rückstellungen übersteigen die Summe aus kurzfristigen Forderungen und Finanzmittelbeständen. Die Liquiden Mittel reichen unter Berücksichtigung der bestehenden Kreditlinien aus, den am Stichtag vorliegenden Überhang an kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken.

3.4 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage

Der Gasabsatz der GASAG an Endkunden liegt moderat unter der Prognose für 2016. Hintergrund der Entwicklung sind die anhaltende, intensive Wettbewerbssituation sowie witterungsbedingte Einflüsse. Aufgrund nicht prognostizierter Handelsmengen liegt der Gasabsatz gegenüber Weiterverteilern stark über dem erwarteten Wert.

Der Stromabsatz übertraf unsere Erwartungen und liegt leicht über der aufgestellten Prognose.

Die Umsatzerlöse entsprachen unserer Erwartung. Der Beschluss zur Einleitung des Stilllegungsverfahrens für den Berliner Erdgasspeicher Ende 2016 führte entgegen der Prognose zu einem negativen Betriebsergebnis vor Finanzergebnis und Steuern (EBIT) und zu einem Jahresfehlbetrag.

Die fälligen finanziellen Verpflichtungen des Geschäftsjahres 2016 waren durch die zur Verfügung stehende Liquidität, die Finanzanlagen und die bestehenden Kreditlinien jederzeit gedeckt.

3.5 Finanzielle Leistungsindikatoren

Steuerungskennzahlen

In der GASAG werden die Steuerungs- und Reporting-Regeln definiert und angewendet, die zur Steuerung der GASAG-Gruppe notwendig sind. Die wesentlichen Steuerungskennzahlen der GASAG sind das Betriebsergebnis vor Finanzergebnis und Steuern (EBIT) und das Periodenergebnis. Für den Konzern bildet zusätzlich zum EBIT der Return on Capital Employed (ROCE) die wichtigste Steuerungskennzahl.

Regelmäßig werden die Entwicklungen der Kennzahlen der GASAG und deren Geschäftsfelder analysiert und im Hinblick auf das Jahresende prognostiziert. Das Management wird damit in die Lage versetzt, Abweichungen von den Zielvorgaben unterjährig zu erkennen, Auswirkungen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage zu bewerten und entsprechend steuernde Maßnahmen rechtzeitig zu ergreifen und zu monitoren. Darüber hinaus werden mindestens quartärllich Chancen und Risiken bewertet, die noch nicht in den Prognosen verarbeitet wurden.

3.6 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

3.6.1 Zielgröße zur Erhöhung des Frauenanteils

Im Rahmen des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat der GASAG im Juni 2015 für sich und den Vorstand Zielquoten festgelegt. Der Vorstand der GASAG hat für die beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes, Bereichsleitung und Abteilungsleitung, ebenfalls Zielgrößen definiert.

Als Stichtage für das Erreichen der Zielgrößen wurden der 30. Juni 2017 und der 30. Juni 2022 für alle Ebenen festlegt.

An den Stichtagen 30. Juni 2017 und 30. Juni 2022 sollen folgende Zielgrößen des Frauenanteils auf den Ebenen erreicht sein:

	30.06.2017 %	30.06.2022 %
Aufsichtsrat	> 14	> 30
Vorstand	> 30	> 30
Erste Führungsebene unterhalb des Vorstandes	> 10	> 25
Zweite Führungsebene unterhalb des Vorstandes	> 20	> 30

Die Frauenquote beträgt zum 31. Dezember 2016 im Vorstand 33,3%, im Aufsichtsrat 9,5%, auf der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstandes 21,4% und auf der zweiten Ebene 20,0%.

3.6.2 Mitarbeiter

Die familienfreundliche Personalpolitik der GASAG wird im Rahmen der Umsetzung der Zielvereinbarung der Rezertifizierung des Audits berufundfamilie der Hertie-Stiftung weiterhin verstetigt. Die Rezertifizierung Konsolidierung zum Erlangen der nächsten Zertifikatsstufe ist in der Vorbereitung. Das konzernweite Nachwuchsförderprogramm, das der Förderung von Mitarbeitern mit Potenzial und dem internen Nachfolagemanagement dient, wurde fortgeführt. Im April 2016 wurde ein neues, konzernweites Trainee-Programm mit acht Trainees begonnen. Das Programm wurde durch die Absolventa und die Ludwig-Maximilians-Universität München ausgezeichnet. Die GASAG fördert ab dem Wintersemester 2016/2017 Studierende an Berliner Hochschulen im Rahmen des Deutschlandstipendiums.

Zur Unterstützung einer vielfältigen Gesellschaft sowie Belegschaft hat die GASAG in 2016 die Charta der Vielfalt unterzeichnet.

Das Engagement in der Unterstützung von Geflüchteten wurde fortgesetzt, indem drei Geflüchtete in die Ausbildung zum Industriekaufmann im September 2016 aufgenommen wurden. Die Ausbildung wird durch die GASAG in Kooperation mit der NBB durchgeführt.



3.6.3 Kundenservicemanagement

Guter Kundenservice ist ein zentraler Baustein, um die Zufriedenheit unserer Kunden sicherzustellen. Deshalb überprüfen wir regelmäßig, ob die Erwartungen unserer Kunden an eine moderne Kundeninteraktion erfüllt werden. Mit dem Instrument des GASAG Service Check bewerten wir jährlich die Qualität der telefonischen, schriftlichen und persönlichen Kommunikation unserer Kundenkontaktstellen und identifizieren Verbesserungspotenziale.

Zum neunten Mal in Folge ist es der GASAG gelungen, das vom TÜV SÜD vergebene Prüfsiegel für Servicequalität zu erlangen. Es bescheinigt uns eine optimal auf Kundenbedürfnisse ausgerichtete Organisationsstruktur, serviceorientierte Prozesse und ein professionelles Beschwerdemanagement.

Einen Schwerpunkt in 2016 bildete der Ausbau der digitalen Services. So wurde ein Geschäftspartnerportal, das die besonderen Bedürfnisse von Großkunden berücksichtigt, konzipiert und etabliert. Aber auch beim persönlichen Servicebereich MEINE GASAG für Privatkunden wurden Funktionalitäten erweitert und verbessert und damit zum Beispiel der Registrierungsprozess für unsere Kunden vereinfacht. Zudem wurde der gesamte Online-Auftritt der GASAG überarbeitet und auf eine neue technische Plattform gestellt, so dass nun die Darstellung auf mobilen Endgeräten und die Navigation optimiert sind. Damit wurde die Grundlage gelegt, um über die neuen Personalisierungstechniken die User Experience zu verbessern und individueller zu gestalten.

3.6.4 Kundenzentrum

Das Serviceangebot konnte aus Kundensicht optimiert und erweitert werden. Unser Dienstleistungsangebot wurde zudem um den Verbrauchs-Energieausweis ergänzt und

führte zu einem wesentlichen Anstieg des Besucheraufkommens. Die Seminare mit den Partnern der GASAG aus den Bereichen Handwerk, Innungen und Geräteindustrie wurden weitergeführt und ausgebaut. Das Kundenzentrum hat sich insgesamt als Vertriebskanal etabliert und konnte die Zielvorgaben für abgeschlossene Gas- und Stromverträge deutlich übererfüllen.

3.6.5 Konzernbeschwerdemanagement

Auch in 2016 lag der Schwerpunkt der Aktivitäten im Konzernbeschwerdemanagement auf der Erhöhung der Qualitätssicherung und Beschwerdeinformationsnutzung. Optimierungspotenziale werden regelmäßig analysiert, identifiziert und mit betroffenen Fachbereichen abgestimmt, um entsprechende konkrete Maßnahmen ableiten und umsetzen zu können. Bei einer bundesweiten Vergleichsstudie zum Beschwerdemanagement von Energieversorgern konnten wir uns in allen Kriterien der drei Kategorien Ausrichtung und Steuerung, funktionale Spezifika sowie Ressourcen und Systeme erfolgreich als Best Practice positionieren.

4 NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

5 CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die ständig wiederkehrende Identifikation, Bewertung und Dokumentation von Chancen und Risiken gehört ebenso zu den Aufgaben unserer Führungskräfte und Mitarbeiter wie die operative Steuerung mit Hilfe geeigneter Maßnahmen. Die Prozessverantwortung liegt beim zentralen Risikomanagement, welches direkt an den Vorstand berichtet.

Unsere Einschätzung beruht dabei im Wesentlichen auf einem Unternehmenswertansatz, wobei wir neben der Einstufung als Ergebnis-, Eigenkapital- oder Liquiditätschance bzw. -risiko zusätzlich die Eintrittswahrscheinlichkeit sowie die Imagewirkung klassifizieren. Die Angabe der Eintrittswahrscheinlichkeiten lässt sich der Höhe nach wie folgt unterteilen:

Beschreibung der Eintrittswahrscheinlichkeit

Sehr geringe

Geringe

Mittlere

Hohe

Sehr hohe

Das Chancenpotenzial bezogen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der GASAG drücken wir wie folgt aus:

Einstufung des Chancenpotenzials	Beschreibung der Wertgrenzen
Geringes	Unwesentliche Verbesserung
Spürbares	Moderate Verbesserung
Mittleres	Beträchtliche positive Auswirkung
Hohes	Hohe und potenziell dauerhafte Verbesserung
Sehr hohes	Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Verbesserung

Für das Risikopotenzial ergeben sich folgende Wertgrenzen:

Einstufung des Schadenspotenzials	Beschreibung der Wertgrenzen
Geringes	Unwesentliche Beeinträchtigung
Spürbares	Moderate Beeinträchtigung
Schwer wiegendes	Beträchtliche negative Auswirkung
Latent gefährdendes	Hohe und potenziell dauerhafte Beeinträchtigung
Akut gefährdendes	Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Beeinträchtigung

Unsere Chancen und Risiken unterscheiden wir weiterhin in einen kurz- und langfristigen Wirkungshorizont, wobei die kurzfristige Betrachtung das nächste Geschäftsjahr betrifft und die langfristige Betrachtung den gesamten Planungszeitraum abdeckt.

Es bestehen für die GASAG im Wesentlichen folgende Chancen und Risiken:

Marktumfeld

Die Berliner und Brandenburger Gas- und Strommärkte sind durch einen scharfen Wettbewerb um die Kunden gekennzeichnet, der zu weiterem Preisdruck oder zu Kundenverlusten führen und unsere Handelsmargen schmälern kann. In diesem Marktumfeld sehen wir für die GASAG-Gruppe, durch unsere gezielte Ausrichtung am Kundeninteresse und eine ständige Erweiterung unseres Produktportfolios kombiniert mit einem attraktiven Preissystem im Gas-zu-Gas-Wettbewerb und im Wettbewerb mit anderen Energieträgern, eine Chance. Auch im Strommarkt konnten wir uns erfolgreich etablieren. Insgesamt ergeben sich kurzfristig spürbare Chancen- beziehungsweise Risikopotenziale.



Unsere Geschäftsentwicklung ist naturgemäß witterungsbedingten Absatzschwankungen unterworfen. Das witterungsbedingte Mengenrisiko im Gasgeschäft gehört zu den unternehmerischen Risiken, welche die GASAG selbst trägt. Dabei unterziehen wir die Möglichkeiten der Absicherung durch den Einsatz von Energie- und Wetterderivaten einer regelmäßigen Überprüfung. Aus einer für die GASAG negativen Witterung kann sich in Bezug auf das Schadenspotenzial ein spürbares Risiko im kurzfristigen Betrachtungszeitraum mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit ergeben. Aus für die GASAG positiver Witterung ergibt sich dagegen ein mittleres Chancenpotenzial.

Auch konjunktur- und standortabhängige Absatzverluste sowie sparsameres Verbraucherverhalten der Kunden wirken sich auf das Vertriebsgeschäft aus. Demgegenüber sehen wir in unserer Kernregion Berlin und Brandenburg standortspezifische Vorteile, die wir als ganzheitlicher Energiedienstleister nutzen werden. Berlin mit seinem Bestand an Gebäuden und Energieerzeugungsanlagen und den positiven Impulsen aus dem Neubau bietet ein hohes Marktpotenzial und eine ideale Ausgangslage für die Platzierung unserer Angebote für Energieerzeugung, -versorgung und energetische Sanierung. Wir werden weiter Energiekonzepte für Quartiere, Gewerbeobjekte und Konversionsflächen entwickeln, kostengünstige Angebote für die energetische Sanierung öffentlicher und privater Gebäude anbieten und uns als Energiepartner für alle Kundengruppen von Privathaushalten, Produktions- und Gewerbebetrieben über große Wohnungsbaugesellschaften bis hin zur öffentlichen Verwaltung präsentieren. Deutlich erkennen wir auch das gestiegene Interesse unserer Kunden an umweltfreundlichen und dezentralen Energielösungen sowie dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Durch den Fortschritt in Effizienz-, Speicher- und Erzeugungstechnologien werden ganzheitliche Energielösungen, die dezentral und autark Erzeuger und Verbraucher vernetzen, marktfähig. Konkrete Chancen sehen wir dabei in der Einführung eines Energiemanagementsystems und bei der intelligenten Gebäudeautomation zur Effizienzsteigerung im Energieverbrauch. Damit eng verbunden ist die Nachfrage nach effizienten Versorgungskonzepten, für die der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung zur dezentralen Erzeugung von Wärme und Strom eine wichtige Rolle spielt. Wir sehen darin langfristig ein für die GASAG hohes Chancenpotenzial.

Rechtlich-politisches Umfeld

Es besteht für die GASAG das Risiko der nachträglichen Zahlung einer erhöhten Konzessionsabgabe, sofern die bestehende Vereinbarung mit dem Land Berlin nicht rechtsgültig sein sollte. Das Land Berlin hat inzwischen Klage eingereicht. Daraus ergibt sich bezogen auf das Schadenspotenzial kurzfristig ein schwerwiegendes Risiko. Die GASAG geht unverändert davon aus, dass die vereinbarte Regelung wirksam ist und kein nachträglicher Zahlungsanspruch des Landes Berlin besteht.

Für das regulatorische Umfeld unseres Netzgeschäfts bestehen über die in 2016 beschlossene Novelle der Anreizregulierung (ARegV) hinaus Risiken. Dies stellt ein für die GASAG langfristig geringes Risiko mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit dar.

Konzessionsvergabeverfahren

Zur allgemeinen Beschreibung des Konzessionsvergabeverfahrens Berlin verweisen wir auf Kapitel 2.4 Rechtliche Sachverhalte.

Wenn die GASAG die Konzession in Berlin verlöre, würde das substanziell wichtige Netzgeschäft in Berlin wegfallen. Nach unserer Einschätzung würde dies nicht vor März 2021 eintreten. Die GASAG müsste nach Einigung auf einen Kaufpreis das Berliner Gasnetz verkaufen. Daraus würde die GASAG Liquiditätszuflüsse realisieren, welche die vollständige Tilgung der Netzfinanzierungen sicherstellen. Aus dem Verlust des Berliner Netzgeschäfts würden erhebliche Effizienzverluste in Bereichen resultieren, in denen heute Ressourcen überwiegend für das Berliner Netz eingesetzt werden. Unverändert gebundenen Ressourcen, die bisher ausschließlich dem Betrieb des Berliner Netzes dienten, stünden keine entsprechenden Einnahmen gegenüber. Damit stelle der Verlust der Berliner Konzession in Bezug auf das Schadenspotenzial langfristig ein akut gefährdendes Risiko dar. Es wäre von einer wesentlichen Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der GASAG auszugehen. Wir gehen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit davon aus, dass wir den Zuschlag für die Konzession erhalten.

Speicherstilllegung



Aus der Einleitung des Stilllegungsverfahrens für den Berliner Erdgasspeicher ergeben sich Chancen und Risiken, insbesondere aus der Ausspeichermenge und Marktpreisänderungsrisiken in Bezug auf das Kissengas und aus Kosten für die Auslagerung und den Rückbau. Unter Berücksichtigung der gebildeten Rückstellungen ergeben sich im Verlauf des Stilllegungsverfahrens spürbare Risiken beziehungsweise spürbare Chancen bei einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit.

Marktpreisentwicklung

Aus der Marktpreisentwicklung im Energie- und Finanzbereich ergibt sich kurzfristig ein spürbares Chancen- und Schadenspotenzial. Die daraus resultierenden Risiken begrenzen wir durch einen speziell darauf ausgerichteten Risikomanagementprozess, welcher zahlungswirksame Marktpreisänderungsrisiken durch den Einsatz von Sicherungsgeschäften weitestgehend eliminiert. Wesentliche Bestandteile sind dabei ein konzernweit einheitlicher Handels-, Abwicklungs- und Überwachungsprozess sowie eine einheitliche Risikoberichterstattung. Dazu setzen wir ergänzende Risikomanagementsysteme und zur Begrenzung dieser Risiken systematisch Sicherungsinstrumente ein.

Derivative Finanzinstrumente setzen wir zur Minimierung von Risiken der Grundgeschäfte beziehungsweise geplanter Grundgeschäfte ein. Die Analyse von Preisänderungsrisiken für derivative Finanzinstrumente erfolgt durch Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes eines abgeschlossenen Finanzinstruments auf Basis der Mark-to-market-Methode. Sie beschreibt die börsentägliche Bewertung von zukünftigen Zahlungsströmen der Finanzinstrumente durch Diskontierung. Die Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Instrumente. Wesentliche Parameter der Mark-to-market-Bewertung bilden die Geschäftsdaten des Finanzinstruments und die Zinsstruktur in der Geschäftswährung. Die Analyse von Preisänderungsrisiken für noch nicht abgesicherte Zinspositionen erfolgt auf Basis von statistischen Simulationsmodellen.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken bestehen bei der Belieferung von Kunden, bei der Rohstoffbeschaffung sowie bei Finanzgeschäften und können grundsätzlich auch in dem Zeitraum nach einer möglichen Insolvenzantragstellung Wirkung entfalten. Zur Steuerung von Adressenausfallrisiken haben wir bei Kunden ein bonitätsorientiertes Forderungsmanagement und bei Banken und Energiehandelspartnern ein konzern einheitliches Limitsystem etabliert. Dort, wo es sinnvoll ist, setzen wir weiterhin Kreditversicherungen ein. Bezogen auf Adressenausfallrisiken sehen wir unter Berücksichtigung gebildeter Risikovorsorge langfristig ein schwerwiegendes Risiko mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

Governance und Compliance

Die GASAG hat ihre Complianceregelwerke erweitert und den Umgang mit geschäftlichen Einladungen reguliert. Weitere Complianceregelwerke im Bestand der GASAG wurden aktualisiert. Der Schwerpunkt der operativen Compliancearbeit liegt in der Schulung der Konzernmitarbeiter zur Vermeidung von Korruption und Diskriminierung sowie in der entsprechenden Einzelfallberatung.

Gesamtrisikolage

Von den dargestellten Risiken kann insbesondere aus dem Konzessionsvergabeverfahren eine potenziell wesentliche Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der GASAG ausgehen. Wir gehen jedoch davon aus, dem Eintritt dieses Risikos mit zielgerichteten Maßnahmen entgegen wirken zu können.

Basierend auf der Gesamtrisikolage unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und ergriffenen Maßnahmen, sehen wir für die GASAG gegenwärtig keine Fortbestandsgefährdung.

6 PROGNOSEBERICHT

Eine wichtige Basis für die erfolgreiche Umsetzung unserer kurzfristigen Strategieziele ist weiterhin der Erhalt der Berliner Gasnetz-Konzession. Die zur Weiterentwicklung und Erreichung unserer Prognoseziele geplanten operativen Maßnahmen werden in den folgenden Abschnitten Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie, Personal, Investitionen und für die Geschäftsfelder Vertrieb, Netze und Energiedienstleistungen der GASAG-Gruppe dargestellt.

Der Prognosezeitraum beträgt ein Jahr. Die zugrundeliegenden Annahmen zu den prognostischen Angaben werden mit Hilfe der qualifiziert-komparativen Prognose erläutert.

6.1 Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie

Unser Kerngeschäft ist besonders durch einen intensiven Wettbewerb im Vertrieb und durch regulatorische Rahmenbedingungen bestimmt. Daher werden fortlaufend Projekte und Maßnahmen zur Optimierung des Kerngeschäfts umgesetzt. Dabei geht es um die weitere Digitalisierung und Automatisierung für Prozesseffizienz und Effektivität, aber auch um den Ausbau digitaler Kanäle für die Kundenkommunikation. Zum Erreichen der Effizienz- und Effektivitätsziele werden alle Geschäftsprozesse regelmäßig einem Benchmark unterzogen. Der kontinuierliche Verbesserungsprozess (KVP) bietet hier ein ergänzendes Instrumentarium, um den Optimierungsprozess zu unterstützen.

Der Ausbau der erneuerbaren Erzeugungspositionen ist ein wesentlicher Baustein in der Umsetzung unserer Strategie. Die GASAG hat sich für 2017 zum Ziel gesetzt, weitere Onshore-Windparks zu akquirieren. Die Nutzung der Chancen, welche sich aus den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben, ist Teil unserer strategischen Ausrichtung.

Um das angestrebte Wachstum im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen weiter zu festigen werden wir in 2017 unsere am Geschäftsfeld Energiedienstleistungen beteiligten Bereiche in der Gesellschaft GASAG Solution Plus neu strukturieren und setzen auch im nächsten Jahr verstärkt auf vertriebliche Kooperationen, um die komplexen Kundenbedürfnisse zu bedienen und so unseren Zugang zu Ressourcen, Kompetenzen, neuen Kunden und auch neuen Regionen auszubauen.

Die Digitalisierung könnte zu einer grundsätzlichen Veränderung der Energiebranche führen. Die GASAG stellt sich darauf ein, indem sie ihre Organisation und Unternehmenskultur auf die damit einhergehenden Anforderungen ausrichtet und kurzfristig weiter in diese Aktivitätsfelder mit einem besonderen Fokus auf die Entwicklung intelligenter und energieeffizienter Quartiere mit dezentraler Energieversorgung, energieeffizienter Mobilität, intelligenter Netze und Verbrauchszähler investieren wird.

6.2 Personal

Die Maßnahmen des zentral gesteuerten Effizienzsteigerungsprogramms Fokus führen auch in 2017 zur strategiekonformen Absenkung der Mitarbeiterzahl in den Overheadprozessen. Durch temporäre Kapazitätsverstärkung im Vertriebsbereich und gegebenenfalls Insourcing werden der durchschnittliche Mitarbeiterbestand (ohne Mitarbeiter in der passiven Phase der Altersteilzeit) sowie die Höhe des Personalaufwandes auf dem Niveau von 2016 erwartet.

6.3 Investitionen

Im kommenden Geschäftsjahr werden wir weiterhin in das Berliner Gasnetz investieren. Für den Ausbau und die Instandhaltung der Netze erwarten wir in 2017 Investitionen in Höhe von rund 42 Mio.€. Geplante Investitionen in einen weiteren Windpark führen 2017 zu Finanzinvestitionen im Geschäftsfeld Erzeugung. Darüber hinaus ist erstmalig anorganisches Wachstum im Geschäftsfeld Vertrieb in der Prognose für das Geschäftsjahr enthalten. Im Rahmen einer langfristigen Finanzierungsstrategie sind die zukünftigen Investitionen gedeckt.

6.4 Gasabsatz

In der Prognose für das Geschäftsjahr 2017 gehen wir von langjährigen durchschnittlichen Temperaturverläufen aus. Für 2017 erwarten wir Gasabsatzmengen an Endkunden sowie an Weiterverteiler auf dem Niveau von 2016.

6.5 Stromabsatz

Im Commodity-Geschäft Strom rechnen wir für 2017 mit einem stark steigenden Stromabsatz gegenüber 2016. Erwartet wird diese Entwicklung vor dem Hintergrund der weiterhin verstärkten Marktaktivitäten entsprechend unserer Vertriebsstrategie.

6.6 Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Für 2017 erwarten wir gegenüber 2016 aufgrund von Preisänderungen im Gas leicht sinkende Umsatzerlöse im Bereich der Endkunden als auch der Weiterverteiler. Im Strom erwarten wir stark steigende Umsatzerlöse aufgrund eines wachsenden Geschäftsumfangs.

Die Prognose für 2017 sowie die mittelfristige Planung berücksichtigen den Erhalt der Gasnetzkonzession Berlin. Das Betriebsergebnis vor Finanzergebnis und Steuern (EBIT) wird in 2017 aufgrund der Ergebniseffekte aus dem Beschluss Ende 2016 zur Einleitung des Stilllegungsverfahrens für den Berliner Erdgasspeicher stark ansteigen. Ebenso erwarten wir einen starken Anstieg des Finanzergebnisses 2017 durch den Wegfall des hohen Aufzinsungseffektes im Zusammenhang mit den Rückbauverpflichtungen für den Berliner Erdgasspeicher. Vor dem Hintergrund der erwarteten Entwicklung des EBIT und des Finanzergebnisses erwarten wir für 2017 einen Jahresüberschuss, der über dem Jahresüberschuss im Geschäftsjahr 2015 liegen wird.

Berlin, den 17. Februar 2017

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft

Der Vorstand

gez. Vera Gäde-Butzlaff

gez. Dr. Jürgen Schmidberger

gez. Matthias Trunk

Bilanz zum 31.12.2016

der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Aktivseite

	Anhang Nr.	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
A. Anlagevermögen	(1)		

	Anhang Nr.	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(2)	37.313	37.099
II. Sachanlagen	(3)	730.255	806.367
III. Finanzanlagen	(4)	351.140	345.624
		1.118.708	1.189.090
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(5)	30.365	36.776
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(6)	136.290	122.716
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(7)	64.929	80.732
		231.584	240.224
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.107	1.460
		1.351.399	1.430.774
Passivseite			
	Anhang Nr.	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
A. Eigenkapital	(8)		
I. Gezeichnetes Kapital		413.100	413.100
II. Kapitalrücklage		42.461	42.461
III. Gewinnrücklagen		29.077	29.077
IV. Bilanzgewinn		7.751	78.289
		492.389	562.927
B. Sonderposten	(9)	42.163	46.053
C. Rückstellungen	(10)	275.739	227.151
D. Verbindlichkeiten	(11)	540.738	594.117
E. Rechnungsabgrenzungsposten		370	526
		1.351.399	1.430.774

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2016 - 31.12.2016
der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft. Berlin

	Anhang Nr.	01.01.2016 - 31.12.2016 T€	01.01.2015 - 31.12.2015 T€
1. Umsatzerlöse	(12)	874.073	883.166
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		124	118
3. Sonstige betriebliche Erträge	(13)	30.387	86.726
4. Materialaufwand	(14)	644.152	702.744
5. Personalaufwand	(15)	33.634	34.679
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(16)	116.045	60.681
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(17)	118.441	96.716
8. Finanz- und Beteiligungsergebnis	(18)	-19.380	-17.627
9. Ergebnis vor Steuern		-27.068	57.563
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(19)	7.625	12.519
11. Ergebnis nach Steuern		-34.693	45.044
12. Sonstige Steuern		124	393
13. Jahresfehlbetrag (Vj. Jahresüberschuss)		-34.817	44.651
14. Gewinnvortrag		42.568	33.638
15. Bilanzgewinn		7.751	78.289

Anlagenpiegel der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin für die Zeit vom 1.1.2016 bis 31.12.2016

Posten des Anlagevermögens 1	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Endstand T€ 6
	Anfangsstand T€ 2	Zugänge T€ 3	Abgänge T€ 4	Umbuchungen T€ 5		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	52.914	1.811	1.147	+	54.945	
2. Geleistete Anzahlungen	1.524	941	0	./.	1.098	

Posten des Anlagevermögens 1	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Endstand T€ 6
	Anfangsstand T€ 2	Zugänge T€ 3	Abgänge T€ 4	Umbuchungen	T€ 5	
	54.438	2.752	1.147	+	1.367	56.043
				./.	1.367	
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	29.814	378	2.112	+	3.317	31.397
2. Grundstücke mit Bauten der Betreuung	765	0	623		0	142
3. Grundstücke mit Wohnbauten	93	0	0		0	93
4. Bauten auf fremden Grundstücken	3.740	0	0		0	3.740
5. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	11.827	576	261	+	8	12.150
6. Verteilungsanlagen	1.177.280	21.825	7.137	+	25.704	1.217.672
7. Andere Technische Anlagen und Maschinen	2	0	0		0	2
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.349	163	389		0	4.123
9. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	37.388	15.048	7	./.	29.029	23.400
	1.265.258	37.990	10.529	+	29.029	1.292.719
				./.	29.029	
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	316.056	4.133	0		0	320.189
2. Ausleihungen an verb. Unternehmen	38.880	12.700	5.980		0	45.600
3. Beteiligungen	1.075	350	0		0	1.425

Anschaffungs- und Herstellungskosten							
Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen		Endstand	
1	T€ 2	T€ 3	T€ 4		T€ 5	T€ 6	
4. Sonstige Ausleihungen	1.019	0	55		0	964	
	357.030	17.183	6.035	+	0	368.178	
				./.	0		
	1.676.726	57.925	17.711	+	30.396	1.716.940	
				./.	30.396		
Abschreibungen							
Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Abschreibungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 4	Umbuchungen	Umbuchungen	Endstand
1	T€ 7	T€ 8	T€ 9	T€ 10	T€ 11		T€ 12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	17.339	0	2.538	1.147		0	18.730
2. Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0		0	0
	17.339	0	2.538	1.147	+	0	18.730
					./.	0	
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	15.230	0	497	2.112		0	13.615



Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Abschreibungen		Umbuchungen	Umbuchungen	Endstand
			Abschreibungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 4			
1	T€ 7	T€ 8	T€ 9	T€ 10	T€ 11		T€ 12
2. Grundstücke mit Bauten der Betreuung	368	0	1	296		0	73
3. Grundstücke mit Wohnbauten	85	0	0	0		0	85
4. Bauten auf fremden Grundstücken	1.546	0	199	0		0	1.745
5. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	2.251	0	706	130		0	2.827
6. Verteilungsanlagen	436.060	0	111.864	7.060		0	540.864
			a)	61.390			
7. Andere Technische Anlagen und Maschinen	2	0	0	0		0	2
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.349	0	240	336		0	3.253
9. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0		0	0
	458.891	0	113.507	9.934	+	0	562.464
			a)	61.390	./.	0	
III. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	11.406	2.368	8.000	0		0	17.038
			a)	8.000			

Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Abschreibungen		Umbuchungen	Umbuchungen	Endstand
			Abschreibungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 4			
1	T€ 7	T€ 8	T€ 9	T€ 10	T€ 11		T€ 12
2. Ausleihungen an verb. Unternehmen	0	0	0	0		0	0
3. Beteiligungen	0	0	0	0		0	0
4. Sonstige Ausleihungen	0	0	0	0		0	0
	11.406	2.368	8.000	0	+	0	17.038
			a)	8.000	./.	0	
	487.636	2.368	124.045	11.081	+	0	598.232
			a)	69.390	./.	0	
Posten des Anlagevermögens	Restbuchwerte am 31.12.2016				Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres		
1				T€ 13			T€ 14
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				36.215			35.575
2. Geleistete Anzahlungen				1.098			1.524
				37.313			37.099
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten				17.782			14.584
2. Grundstücke mit Bauten der Betreuung				69			397
3. Grundstücke mit Wohnbauten				8			8
4. Bauten auf fremden Grundstücken				1.995			2.194
5. Erzeugungs- und Bezugsanlagen				9.323			9.576
6. Verteilungsanlagen				676.808			741.220
7. Andere Technische Anlagen und Maschinen				0			0
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung				870			1.000

Posten des Anlagevermögens	Restbuchwerte am 31.12.2016	Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres
1	T€ 13	T€ 14
9. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.400	37.388
	730.255	806.367
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	303.151	304.650
2. Ausleihungen an verb. Unternehmen	45.600	38.880
3. Beteiligungen	1.425	1.075
4. Sonstige Ausleihungen	964	1.019
	351.140	345.624
	1.118.708	1.189.090

a) davon außerplanmäßige Abschreibungen

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Allgemeine Hinweise

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes sowie des Energiewirtschaftsgesetzes (nachfolgend EnWG genannt) aufgestellt. Es gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die für einzelne Posten geforderten Zusatzangaben sind in den Anhang aufgenommen worden.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, werden alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie die Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie werden im Anhang gesondert aufgliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grund wurden die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Davon-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

Registerinformation

Die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, nachfolgend GASAG genannt, hat ihren Geschäftssitz am Henriette-Herz-Platz 4 in 10178 Berlin, Deutschland, und ist im Handelsregister von Berlin-Charlottenburg unter HRB 44343 eingetragen.

Die Hauptversammlung der GASAG hat am 16. Dezember 2016 die Änderung der Firma der Gesellschaft in GASAG AG beschlossen. Die Eintragung in das Handelsregister steht noch aus.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Im Geschäftsjahr wurden erstmalig die geänderten Vorschriften des Handelsgesetzbuches durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) angewendet, welche verpflichtend zum 1. Januar 2016 anzuwenden waren. Durch die Anwendung der Vorschriften des BilRUG ändern sich vor allem die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung und die Zuordnung zu den Umsatzerlösen gemäß der neuen Umsatzerlösdefinition nach § 277 HGB (Art. 75 Abs. 2 EGHGB).

Eine entsprechende Anpassung der Vorjahresbeträge ist nicht vorgenommen worden, sie erfolgt nachrichtlich im Anhang unter den Posten Umsatzerlöse und Materialaufwand.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wird erstmalig ein durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre anstelle eines durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Jahre angewendet. Darüber hinaus blieben die für die Aufstellung des Abschlusses maßgebende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet ausgewiesen. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Bei der GASAG besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Pensionsverpflichtungen gegenüber dem Vorstand und Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung, welches mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert und mit den Pensionsverpflichtungen beziehungsweise den Erfüllungsrückständen der Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen wurde (§ 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB). Ergibt sich ein aktivischer Überhang wird der Betrag unter dem Bilanzposten "Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung" ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen, bei denen am 1. Januar 2010 von dem Bilanzierungswahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht wurde, sind weiterhin mit dem Nominalwert angesetzt, sofern der Abzinsungsbetrag durch eine Aufzinsung bis zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden würde. Der Betrag der Überdeckung beläuft sich auf 2 Tsd.€ (Vj. 5 Tsd.€).

Anlagevermögen

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Bei selbst erstellten Gütern des Sachanlagevermögens sind in den Herstellungskosten anteilige Gemein- und Verwaltungskosten, soweit zulässig, aktiviert.

Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 € nicht übersteigen, werden aus Gründen der Wesentlichkeit in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen sofort als Aufwand erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 € und 410 € werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Liegt bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens eine dauerhafte Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB vor, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Bei den Finanzanlagen werden Anteilsrechte zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen zum Nennwert angesetzt. Liegt eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vor, so werden die Finanzanlagen gemäß § 253 Abs. 3 HGB bewertet und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Umlaufvermögen

Das gesamte Umlaufvermögen wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Der in dem Erdgasspeicher befindliche Bestand an Arbeitsgas wird gemäß § 256 HGB nach der periodischen LIFO-Methode bewertet. Die Anwendung der LIFO-Methode führt im Vergleich zur Bewertung auf Grundlage des Marktpreises zu einem Unterschiedsbetrag (LIFO-Reserve) in Höhe von 4.912 Tsd.€ (Vj. 11.072 Tsd.€).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert. Für erkennbare Einzelrisiken werden Wertberichtigungen vorgenommen. Weiteren Risiken wird durch entsprechende Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Fremdkapital

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung wurden grundsätzlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage vorliegender Gutachten gebildet. Hierin enthalten ist eine Rückstellung für einen Teil der mittelbaren Verpflichtungen (Deckungslücke) gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, nachfolgend VBL genannt. Bei der Ermittlung der Rückstellung waren die zu zahlenden Sanierungsgelder maßgeblich. Die VBL hat bislang für den Abrechnungsverband West neben den Umlagen Sanierungsgelder mit einer Gesamthöhe von 2,0% der dynamisierten Entgelte aller Pflichtversicherten im Jahr 2001 erhoben. Im neuen Deckungsabschnitt für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2022 vermindert sich die Gesamthöhe der von den beteiligten Arbeitgebern zu leistenden Sanierungsgelder von bisher 2,0% der Bemessungsgrundlage auf 0,14%.

Bei der Rückstellungsbewertung wurde eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5 a VBL-Satzung unterstellt. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wurde mit ihrem Barwert bilanziert. Der Berechnungszinssatz beträgt 3,71% (Vj. 3,50%).

Für die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde ein Zinssatz von 4,01% (Vj. 3,89%), für Altersteilzeitrückstellungen ein Zinssatz von 2,14% (Vj. 2,74%) zugrunde gelegt. Aus der Anpassung dieser Zinssätze ergab sich ein Anstieg der Rückstellungen in Höhe von 324 Tsd.€.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurde im Geschäftsjahr erstmalig gemäß § 253 HGB Abs. 2 Satz 1 der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre angesetzt (Vj. durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre).

Für die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie für Altersteilzeitrückstellungen wurde das Anwartschaftsbarwertverfahren angewendet. Den versicherungsmathematischen Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie für Altersteilzeit wurden zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2% und Rentensteigerungen von 1% sowie die Sterbetafeln Heubeck (2005) zugrunde gelegt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen angesetzt. Die im Geschäftsjahr 2016 gebildeten Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden abgezinst. Bei der Beurteilung, ob für schwebende Bezugsverträge drohende Verluste bestehen, sind schwebende Absatzgeschäfte in den Saldierungsbereich mit einbezogen worden.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB der Deutschen Bundesbank.

Die Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Derivative Finanzinstrumente werden zur Absicherung der Kalkulationsgrundlage des Grundgeschäfts eingesetzt. Bewertungseinheiten zwischen derivativen Finanzinstrumenten und Grundgeschäften werden unverändert saldiert bewertet. Derivate, für die keine Grundgeschäfte bestehen, werden imparitatisch behandelt.

Erläuterung der Bilanz

Aktiva

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

(2) Immaterielle Vermögensgegenstände

Als immaterielle Vermögensgegenstände sind im Wesentlichen Grunddienstbarkeiten mit 31.159 Tsd.€ (Vj. 30.570 Tsd.€) ausgewiesen.

In dem Posten Grunddienstbarkeiten sind auch jene nach § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG) mit 1.094 Tsd.€ (Vj. 1.176 Tsd.€) enthalten, welche grundbuchrechtlich gesichert, aber noch nicht entschädigt sind. Die Reduzierung ist auf grundbuchrechtliche Sicherungen im Berichtsjahr in Höhe von 82 Tsd.€ und der damit verbundenen Entnahme des korrespondierenden Rückstellungsbetrages für Entschädigungszahlungen zurückzuführen.

(3) Sachanlagen

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	19.854	17.183
Erzeugungs-, Bezugs- und Verteilungsanlagen	686.131	750.796
Betriebs- und Geschäftsausstattung	870	1.000
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.400	37.388
	730.255	806.367

Die Erhöhung des Bestandes Grundstücke und Bauten resultiert wesentlich aus der Fertigstellung des Gebäudes und der Außenanlagen für die Erdgas-Übernahmestation Waltersdorf (3.696 Tsd.€). Dagegen stehen Abschreibungen (697 Tsd.€) sowie Verkäufe von Grundstücken und Gebäuden (320 Tsd.€).

Der Rückgang der Erzeugungs-, Bezugs- und Verteilungsanlagen ergibt sich im Wesentlichen aus den Abschreibungen in Höhe von 112.570 Tsd.€, in denen außerplanmäßige Abschreibungen auf den Berliner Erdgasspeicher in Höhe von 61.390 Tsd.€ (Vj. 5.867 Tsd.€) enthalten sind. Die unverändert schlechte Marktsituation sowie energiepolitische Rahmenbedingungen führen seit Jahren zu einer wirtschaftlichen Verschlechterung des Speicherbetriebes. Eine Fortführung der Speicherung ist wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll, sodass der Aufsichtsrat am 16. Dezember 2016 einer Beantragung eines Stilllegungsverfahrens beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg in 2017 zugestimmt hat. Der Berliner Erdgasspeicher wird aus diesem Grund zum Abschlussstichtag, bis auf den zukünftigen durch die Förderung des Kissengases zu erwartenden Erlös in Höhe von 41.694 Tsd.€, außerplanmäßig abgeschrieben.

Die Investitionen für Erzeugungs-, Bezugs- und Verteilungsanlagen in Höhe von 22.401 Tsd.€ entfallen im Wesentlichen auf den Ausbau der Netzverteilungsanlagen, welche Ersatz- und Neuinvestitionen umfassen.

Der Bestand geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 23.400 Tsd.€ beinhaltet im Wesentlichen Bauleistungen in die Netzverteilungsanlagen. Die Reduzierung resultiert aus der Fertigstellung von Erzeugungs-, Bezugs- und Verteilungsanlagen sowie Gebäude im Berichtsjahr.

(4) Finanzanlagen

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Anteile an verbundenen Unternehmen	303.151	304.650
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	45.600	38.880
Beteiligungen	1.425	1.075
Sonstige Ausleihungen	964	1.019
	351.140	345.624

Die Veränderung bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen den Erwerb der Anteile an Gesellschaften, die im nachfolgenden Kapitel genannt werden, sowie die Wertaufholung bei den Anteilen an der umetrig Metering Services GmbH, Berlin. Gegenläufig wirkte sich die Wertberichtigung auf die Anteile an der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus, aus.

Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz hat sich im Geschäftsjahr wie folgt verändert:

Tochterunternehmen:

Die GASAG erwarb mit dem Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 9. Dezember 2016 56,6648% der Anteile an der Provedo GmbH, Leipzig.

Die GASAG tritt mit Einbringungsvertrag vom 16. Dezember 2016 ihre Kommanditgesellschaftsanteile an der Berliner Erdgasspeicher GmbH & Co. KG, Berlin, an die Berliner Erdgasspeicher Verwaltungs-GmbH, Berlin, ab. Mit Einbringung der Beteiligung durch die GASAG in die Erdgasspeicher Verwaltungs-GmbH, Berlin, geht das gesamte Vermögen der Gesellschaft ohne Liquidation im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Berliner Erdgasspeicher Verwaltungs-GmbH über, so dass die Gesellschaft in Folge der Anwachsung erlischt. Die Berliner Erdgasspeicher Verwaltungs-GmbH wurde mit HR Eintrag HRB 55594 B am 29. Dezember 2016 in Berliner Erdgasspeicher GmbH umfirmiert.

Die GASAG gründete gemäß Errichtungsprotokoll vom 20. April 2016 die GASAG Windpark Verwaltungs-GmbH, Berlin, als alleinige Gesellschafterin. Die GASAG Windpark Verwaltungs-GmbH ist eingetragene Komplementär in der Windpark Dahme - Wahlsdorf 2 GmbH & Co. KG, Zossen.

Mit dem Kauf- und Abtretungsvertrag vom 25. Juli 2016 erwarb die GASAG 100% der Anteile an der Windpark Dahme - Wahlsdorf 2 GmbH & Co. KG, Zossen, von der Energiequelle GmbH, Zossen.

Assoziierte / Gemeinschafts- Unternehmen:

Mit dem Anteilskauf- und Abtretungsvertrag vom 10. Dezember 2015 verkaufte die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam, 23,9% der Anteile an der Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick, mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2015 an die Stadtwerke Zehdenick GmbH, Zehdenick. Die Wirksamkeit des Vertrages war zum 31. Dezember 2015 aufschiebend bedingt durch die noch ausstehende Eintragung einer im Zusammenhang mit dem Anteilsverkauf erfolgten Kapitalerhöhung in das Handelsregister. Der Anteilsverkauf ist zum 10. Februar 2016 wirksam vollzogen worden.

Die EMB erwarb mit Geschäftsanteilskauf- und -übertragungsvertrag vom 17. November 2016 50% der Anteile an der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf, von dem alleinigen Anteilseigner Stadtwerke Hennigsdorf GmbH, Hennigsdorf.

Die ARGE Großräschen, Cottbus, hat mit Wirkung zum 1. Januar 2016 alle Rechte und Pflichten aus Verträgen gemäß Übertragungsvereinbarung vom 8. Dezember 2015 auf die ARGE Wärmelieferung, Cottbus, übertragen. Die ARGE Großräschen wurde durch Gesellschafterbeschluss vom 8. Dezember 2015 mit Wirkung zum 1. Januar 2016 beendet.

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, erwarb mit Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 21. Juli 2016 49% der Anteile an der WGI GmbH, Dortmund, von der bisherigen alleinigen Anteilseignerin ITS Informationstechnik Service GmbH, Dortmund.

Die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus, gründete mit dem Gesellschaftsvertrag zur Gründung einer GmbH vom 26. Oktober 2016 die SpreeGas Verwaltungs-GmbH, Cottbus. Sie hält 100% der Anteile an der Gesellschaft.

Die SpreeGas kaufte mit dem Vertrag zum Verkauf und zur Übertragung von Kommanditanteilen vom 18. November 2016 100% der Anteile an der Solar Project 19 GmbH & Co. KG, Cottbus. Komplementärin der Solar Project 19 GmbH & Co. KG, Cottbus, ist die SpreeGas Verwaltungs-GmbH, Cottbus.

Ausblick 2017

Tochterunternehmen:

Gemäß Aufsichtsratsbeschluss vom 16. Dezember 2016 wird die GASAG Contracting GmbH, Berlin, ihr Vermögen als Ganzes gegen Gewährung von Anteilen an dem übernehmenden Rechtsträger unter Auflösung ohne Abwicklung (gemäß § 2 Nr. 1 UmwG) auf die umetrig im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme übertragen. Die Übernahme des Vermögens erfolgt mit Wirkung zum 1. Januar 2017.

Assoziierte / Gemeinschafts- Unternehmen:

Die GASAG hat mit Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 24. August 2016 51% der Anteile an der G2plus GmbH, Berlin, von der Gegenbauer Facility Management GmbH, Berlin, mit Wirkung nicht vor dem 1. Januar 2017 erworben. Die restlichen Anteile in Höhe von 49% verbleiben bei der Gegenbauer Facility Management GmbH. Beide Parteien haben einen Konsortialvertrag abgeschlossen, der die gemeinsame Führung der G2plus GmbH regelt.

Gesellschaft	Eigenkapital in T€ 31.12.2016	Anteil am Kapital	Jahresergebnis in T€ 2016
ARGE Wärmelieferung, Cottbus ^{1, 2}	307	50,00%	32
BAS Abrechnungsservice Beteiligungs-GmbH, Berlin	49	100,00%	3
BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG, Berlin	1.357	100,00%	618
Berliner Energieagentur GmbH, Berlin ¹	5.514	25,00%	446
Berliner Erdgasspeicher GmbH, Berlin	1.415	100,00%	415
Bio-Erdgas Neudorf GmbH, Groß Pankow ³	1.381	74,90%	181
DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin	1.653	100,00%	-84
EMB-Beteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam ³	3.901	100,00%	545
EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam	114.863	73,31%	20.108
GASAG Bio-Erdgas Schwedt GmbH, Schwedt/Oder	7.632	100,00%	1.126
GASAG Contracting GmbH, Berlin	11.463	100,00%	3.953
GASAG Windpark Verwaltungs- GmbH, Berlin	24	100,00%	-1

Gesellschaft	Eigenkapital in T€ 31.12.2016	Anteil am Kapital	Jahresergebnis in T€ 2016
Gas-Versorgungsbetriebe Cottbus GmbH, Cottbus ^{1, 2, 4}	5.923	37,00%	795
Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick ^{3, 8}	1.487	25,10%	150
GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG, Rathenow ^{1, 3}	-7	49,00%	109
GreenGas Rathenow Verwaltungs GmbH, Rathenow ^{1, 3}	48	49,00%	3
infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin ⁵	-245	67,36%	113
KKI-Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin ⁵	-4.640	74,90%	-273
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin	48	100,00%	2
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin ⁶	8.746	100,00%	11.978
Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz) ⁷	4.288	100,00%	678
Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf ³	25	50,00%	0
Netzgesellschaft Hohen Neuendorf Gas GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf ^{3, 8}	5.224	49,00%	263
NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz ^{1, 3}	1.171	49,00%	45
Provedo GmbH, Leipzig ⁸	737	56,66%	0
Rathenow er Netz GmbH, Rathenow ^{1, 3}	3.594	35,00%	26
Solar Project 19 GmbH & Co. KG, Cottbus ^{2, 8}	1.187	100,00%	-11
SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus	34.541	66,34%	5.944
SpreeGas Verwaltungs-GmbH, Cottbus ²	25	100,00%	0
Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz)	10.755	74,90%	711
Tevaro GmbH, Berlin ⁸	472	33,33%	-933
umetriq Metering Services GmbH, Berlin	1.796	100,00%	-305
WGI GmbH, Dortmund ^{1, 5}	144	49,00%	216
Windpark Dahme - Wahlsdorf 2 GmbH & Co. KG GmbH, Zossen	2.897	100,00%	-87

¹ Daten betreffen den Jahresabschluss zum 31.12.2015

² mittelbare Beteiligung der GASAG AG über die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus

³ mittelbare Beteiligung der GASAG AG über die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam

⁴ Ergebnis des Jahresabschlusses 2015 vor Gewinnabführung

⁵ mittelbare Beteiligung der GASAG AG über die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg & Co. KG, Berlin

⁶ davon 16,5% mittelbare Beteiligung der GASAG AG über die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam, sowie 3,0% mittelbare Beteiligung der GASAG AG über die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus

⁷ mittelbare Beteiligung über die Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz)

⁸ Prognose 31.12.2016

(5) Vorräte

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Waren	30.365	36.776

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Waren betreffen das in dem Erdgasspeicher bevorratete Arbeitsgas.

(6) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2016			31.12.2015		
	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit		Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit	
	T€	bis 1 Jahr T€	über 1 Jahr T€	T€	bis 1 Jahr T€	über 1 Jahr T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	71.566	71.566	0	46.678	46.678	0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	36.089	36.089	0	37.920	37.920	0
(davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen)	(20.233)	(20.233)	(0)	(21.746)	(21.746)	0
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.024	1.024	0	290	290	0
Sonstige Vermögensgegenstände	27.611	27.610	1	37.828	37.827	1
	136.290	136.289	1	122.716	122.715	1

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus Gaslieferungen an Kunden. Hierin enthalten sind noch nicht abgerechnete Forderungen in Höhe von 305.378 Tsd.€ (Vj. 310.196 Tsd.€), die mit den noch nicht abgerechneten Abschlagszahlungen in Höhe von 257.088 Tsd.€ (Vj. 286.580 Tsd.€) saldiert worden sind.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20.233	21.746
Sonstige Vermögensgegenstände	1.201	2.830
davon:		
Umsatzsteuerforderungen	(65)	(65)
Kontenclearing	11.655	12.344
Kurzfristige Gesellschafterdarlehen	3.000	1.000
	36.089	37.920

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen enthalten überwiegend Erdgaslieferungen sowie Lieferungen von Strom und Wärme.

Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Steuerforderungen	21.271	24.765
davon:		
Einkommen- und Ertragsteuerforderungen	(9.614)	(5.284)
Sonstige Steuerforderungen	(10.527)	(19.480)
Umsatzsteuerforderungen	(1.130)	(0)
Debitorische Kreditoren	707	6.603
Übrige	5.633	6.460
	27.611	37.828

Die Einkommen- und Ertragsteuerforderungen enthalten Erstattungsansprüche aus Ertragsteuern für das laufende Jahr in Höhe von 5.786 Tsd.€. Daneben sind Erstattungsansprüche für Vorjahre auf Grund steuerlicher Betriebsprüfungen und unter Berücksichtigung eines körperssteuerlichen Verlustrücktrages in Höhe von 3.828 Tsd.€ enthalten, denen Rückstellungen in Höhe von 3.195 Tsd.€ gegenüberstehen.

Die Umsatzsteuerforderung resultiert aus einer zu hoch angesetzten und gezahlten Umsatzsteuer aus der Betriebsprüfung 2007 - 2010.

Sonstige Steuerforderungen umfassen im Wesentlichen Energiesteuerforderungen.

Unter den übrigen sonstigen Vermögensgegenständen werden geleistete Anzahlungen auf nicht aktivierbare Leistungen in Höhe von 1.318 Tsd.€ (Vj. 3.751 Tsd.€) ausgewiesen.

Darüber hinaus sind in den übrigen sonstigen Vermögensgegenständen Sicherheitsleistungen in Höhe von 3.689 Tsd.€ (Vj. 2.095 Tsd.€) enthalten.

(7) Flüssige Mittel

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Kassenbestand	32	37
Guthaben bei Kreditinstituten	64.897	80.695
(davon kurzfristige Geldanlagen)	(49.300)	(62.300)
	64.929	80.732

Passiva

(8) Eigenkapital

Das Grundkapital besteht zum Stichtag aus 8.100.000 nennwertlosen Inhaberstückaktien mit einem rechnerischen Wert von 51,00 € und beträgt 413.100 Tsd.€.

Die Kapitalrücklage enthält ausschließlich Beträge nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB.

Die aus einem Teilbetrag des Jahresüberschusses 2010 gebildete Gewinnrücklage in Höhe von 29.077 Tsd.€ bleibt unverändert bestehen.

Die Entwicklung des Bilanzgewinns stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Bilanzgewinn (Vorjahr)	78.289	64.580
Ausschüttung	35.721	30.942
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-34.817	44.651
	7.751	78.289

(9) Sonderposten

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Investitionszuschüsse	39.462	41.580
Baukostenzuschüsse	2.701	4.473
	42.163	46.053

Der Sonderposten enthält Investitionszuschüsse von Fremden, welche anteilig über die Nutzungsdauer der betroffenen Anlagegüter ertragswirksam aufgelöst werden, sowie die bis zum 31. Dezember 2002 erhaltenen Baukostenzuschüsse, welche mit jährlich 5% ertragswirksam aufgelöst werden. Die Auflösung von kundenbezogenen Investitions- und Baukostenzuschüssen erfolgt in die Umsatzerlöse. Zuschüsse der öffentlichen Hand für Investitionen werden zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

Seit dem 1. Januar 2006 werden im Wesentlichen nur noch die Investitionszuschüsse aus Umverlegungen des Rohrnetzes bzw. von Hausanschlüssen sowie weitere sonstige Investitionszuschüsse für Software bei der GASAG zugeführt und über die Nutzungsdauer der betroffenen Anlagegüter im Geschäftsjahr aufgelöst. Die aus der NDAV (Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck) resultierenden Investitions- und Baukostenzuschüsse von Fremden werden seit dem 1. Januar 2006 bei der NBB vereinnahmt.

Insgesamt wurden Investitionszuschüsse in Höhe von 983 Tsd.€ (Vj. 1.726 Tsd.€) vereinnahmt. Den zugeführten Investitionszuschüssen stehen Auflösungen in Höhe von 3.100 Tsd.€ (Vj. 3.085 Tsd.€) gegenüber. Die Auflösungen der Baukostenzuschüsse belaufen sich im Geschäftsjahr 2016 auf 1.772 Tsd.€ (Vj. 2.178 Tsd.€).

(10) Rückstellungen

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	27.198	29.761
Steuerrückstellungen	3.195	7.325
Sonstige Rückstellungen	245.346	190.065
	275.739	227.151

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gliedern sich in Versorgungszusagen für ehemalige Vorstandsmitglieder, in Betriebsrentenansprüche für Mitarbeiter der ehemaligen Berliner Erdgas AG, in mittelbare und unmittelbare Versorgungszusagen für VVA-anspruchsberechtigte Mitarbeiter (Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin, VVA) sowie in Verpflichtungen für Sanierungsgeld der VBL.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 2.216 Tsd.€. Dieser Unterschiedsbetrag ist gemäß § 253 Abs. 6 HGB für die Ausschüttung gesperrt, wenn die freien Rücklagen zuzüglich Gewinnvortrag diesem Betrag nicht mindestens entsprechen.

Die Rückstellungen für die Versorgungszusagen für ehemalige Vorstandsmitglieder wurden mit den entsprechenden Rückdeckungsversicherungen verrechnet:

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	11.582	11.802
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	6.753	6.728
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	6.753	6.728
Verrechnete Aufwendungen	310	267
Verrechnete Erträge	215	220

Der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände entspricht den Anschaffungskosten, dabei handelt es sich im Wesentlichen um Rückdeckungsversicherungen.

In den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 245.346 Tsd.€ (Vj. 190.065 Tsd.€) sind im Wesentlichen folgende Posten enthalten:

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Rückstellungen für		
Rückbau des Berliner Erdgasspeichers	67.462	11.611
Rechtsstreitigkeiten	62.978	67.407
Gasbezug	41.764	47.601
Ausstehende Rechnungen	17.160	13.029
Netznutzungsentgelte Gas	13.945	9.343
Maßnahmen in Zusammenhang mit Bodensanierungen	9.685	9.553
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	7.322	8.212
Verpflichtungen für die Entschädigung von dinglichen Grundstücksrechten gemäß § 9 GBBerG	1.497	1.587
Summe	221.813	168.343

Der Anstieg der Rückstellung zum Rückbau des Berliner Erdgasspeichers steht im Zusammenhang mit der Einleitung eines Stilllegungsverfahrens in 2017. Die BES wird in 2017 einen Abschlussbetriebsplan beim zuständigen Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) zur Genehmigung einreichen. Das Verfahren wird unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Mit der Zulassung des Abschlussbetriebsplans wird mit den Maßnahmen zur Stilllegung begonnen.

Die in den sonstigen Rückstellungen darüber hinaus enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen werden mit Vermögensgegenständen zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes, welche vom GASAG Treuhand e. V., Berlin, gehalten werden, saldiert. Nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes sind die Wertguthaben einschließlich des darauf entfallenden Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag abzusichern. Der GASAG Treuhand e. V. hat die ihm von der GASAG übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden.

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	4.695	4.996
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	3.005	2.640
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	3.005	2.640
Verrechnete Aufwendungen aus Altersteilzeitverpflichtungen	123	161
Verrechnete Erträge aus Treuhandvermögen	1	2

Der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände entspricht den Anschaffungskosten, da es sich hierbei um Festgeldanlagen handelt.

(11) Verbindlichkeiten

	31.12.2016				31.12.2015	
	Insgesamt T€	davon mit einer Restlaufzeit			Insgesamt T€	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr T€
		bis 1 Jahr T€	über 1 Jahr T€	über 5 Jahre T€		
Kreditinstitute	463.383	52.419	261.191	149.774	519.057	57.246
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.391	2.391	0	0	407	407
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	43.510	43.510	0	0	44.553	44.553
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25	25	0	0	1.671	1.671
Sonstige Verbindlichkeiten	31.428	22.696	3.582	5.150	28.429	18.802
(davon aus Steuern)	(6.106)	(6.106)	(0)	(0)	(4.838)	(4.838)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(26)	(26)	(0)	(0)	(22)	(22)
	540.737	121.041	264.773	154.924	594.117	122.679
	31.12.2015					
	davon mit einer Restlaufzeit				über 1 Jahr T€	über 5 Jahre T€
Kreditinstitute					271.284	190.527
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht					0	0
Sonstige Verbindlichkeiten					3.582	6.045
(davon aus Steuern)					(0)	(0)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)					(0)	(0)

	31.12.2015	
	davon mit einer Restlaufzeit	
	über 1 Jahr	über 5 Jahre
	T€	T€
	274.866	196.572

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	445	1.311
Sonstige Verbindlichkeiten	11.676	6.156
davon:		
Umsatzsteuerverbindlichkeiten	(246)	(159)
Kontenclearing	31.389	37.086
	43.510	44.553

Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten im Wesentlichen Gewerbesteuerabgrenzungen gegenüber Konzernunternehmen in Höhe von 9.599 Tsd.€ (Vj. 2.452 Tsd.€) und erhaltene Anzahlungen in Höhe von 1.655 Tsd.€ (Vj. 2.866 Tsd.€).

Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten enthalten im Wesentlichen sonstige Darlehen gegenüber Dritten in Höhe von 9.696 Tsd.€ (Vj. 10.602 Tsd.€), kreditorische Debitoren in Höhe von 8.753 Tsd.€ (Vj. 9.484 Tsd.€), sowie sonstige Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 590 Tsd.€ (Vj. 368 Tsd.€). Zum Stichtag bestanden Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von 5.032 Tsd.€.

Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

(12) Umsatzerlöse

	2016	2015
	T€	T€
Erdgaslieferung	692.716	745.883
Stromlieferung	45.467	19.846
Wärmelieferung	2.963	3.413
Übrige	132.927	114.024
Umsatzerlöse	874.073	883.166

Die Umsatzerlöse aus Erdgaslieferungen entfallen im Wesentlichen auf das Absatzgebiet Berlin. Der Anteil der Absatzmengen außerhalb Berlins an Endkunden beträgt 9,9% (Vj. 10,1%), die Absatzmenge für Weiterverteiler 44,5% (Vj. 44,2%).

Der Rückgang der Erlöse aus Erdgaslieferungen ist im Wesentlichen auf spezifisch niedrigere Absatzpreise zurückzuführen.

Der Anstieg der Umsatzerlöse aus Stromlieferungen resultiert aus dem gestiegenen Geschäftsumfang.

In den Umsatzerlösen sind Verbrauchssteuern (Energie- und Stromsteuer) in Höhe von 67,0 Mio.€ (Vj. 62,5 Mio.€) saldiert worden.

Die übrigen Umsatzerlöse enthalten wie bisher im Wesentlichen Erlöse aus der Verpachtung des Gasnetzes und des Berliner Erdgasspeichers.

Durch die erstmalige Anwendung des BilRUG und der damit verbundenen Erweiterung der Umsatzerlösdefinition werden mehrere Posten, die bisher in den Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst wurden, unter den Umsatzerlösen ausgewiesen. Dazu gehören unter anderem Geschäftsbesorgungsvergütungen, Konzernumlagen aus IT-Weiterberechnungen, Mieterträge aus Vermietung und Verpachtung, Personalüberlassungen sowie Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für kundenbezogene Baukosten- und Investitionszuschüsse. Durch diese Umstellung sind im Geschäftsjahr 19,5 Mio.€ zusätzlich in den Umsatzerlösen enthalten. Bei entsprechender Anwendung im Vorjahr wären die Umsatzerlöse um 20,8 Mio.€ höher ausgewiesen worden.

(13) Sonstige betriebliche Erträge

	2016 T€	2015 T€
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	17.137	46.524
Erstattungen und Zuschüsse	3.371	3.036
Erträge aus Zuschreibungen	2.368	0
Ungeklärte Zahlungseingänge und Rückflüsse	2.017	1.802
Auflösung erhaltener Baukosten- und Investitionszuschüsse	1.893	5.262
Veränderung von Wertberichtigungen	1.236	3.110
Periodenfremde Erträge	383	4.359
Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	184	1.186
Erträge aus IV-Leistungen	0	7.674
Geschäftsbesorgungsvergütungen	0	6.251
Vermietungen und Verpachtungen	0	3.353
Sonstiges	1.798	4.169
	30.387	86.726

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rechtsstreitigkeiten, Netzentgelte Gas sowie drohende Verluste aus Netzderivaten.

Die Erstattungen und Zuschüsse resultieren im Wesentlichen aus Erstattungen von Mahn- und Gerichtskosten.

Zu den Auswirkungen des BilRUG verweisen wir auf unsere Erläuterungen unter "Umsatzerlöse".

(14) Materialaufwand

	2016 T€	2015 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	472.616	527.159
Aufwendungen für bezogene Leistungen	171.536	175.585
	644.152	702.744

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für den Erdgasbezug.

Der Rückgang der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren resultiert im Wesentlichen aus spezifisch niedrigeren Gasbezugspreisen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten vor allem Aufwendungen für Netznutzung in Höhe von 141.277 Tsd.€ (Vj. 126.242 Tsd.€).

Durch die erstmalige Anwendung des BilRUG werden korrespondierende Aufwendungen zu den in die Umsatzerlöse umgegliederten Posten aus den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 5,7 Mio.€ in den Materialaufwand umgegliedert. Diese betreffen insbesondere Weitervermietungen von Grundstücks- und Büroflächen an Tochterunternehmen. Bei entsprechender Anwendung im Vorjahr wäre der Materialaufwand um 7,9 Mio.€ höher ausgewiesen worden.

(15) Personalaufwand

	2016 T€	2015 T€
Gehälter	27.934	28.628
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.700	6.051
(davon für Altersversorgung)	(1.777)	(2.090)
	33.634	34.679

Die Verminderung des Personalaufwandes ist im Wesentlichen durch im Vorjahr eingeflossene Einmaleffekte für Personalmaßnahmen bedingt. Die mitarbeiterabhängigen Personalaufwendungen in 2016 erhöhen sich entsprechend der Mitarbeiterzahlen in diesem Jahr gegenüber 2015 geringfügig.

Der durchschnittliche Mitarbeiterbestand ohne Auszubildende, Vorstand und Mitarbeiter, die sich in der passiven Phase der Altersteilzeit oder im ruhenden Arbeitsverhältnis befanden, erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 385 Mitarbeitern um 11 Mitarbeiter auf 396 Mitarbeiter.

Der Anstieg des Mitarbeiterbestandes beruht vor allem auf dem Beginn eines neuen Traineeprogrammes.

(16) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

	2016 T€	2015 T€
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	2.538	2.960
Abschreibungen auf Sachanlagen	113.507	57.721
(davon außerplanmäßig)	(61.390)	(5.974)
	116.045	60.681

Von den planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte betreffen 2.290 Tsd.€ (Vj. 2.603 Tsd.€) Softwarelizenzen.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 61.390 Tsd.€ (Vj. 5.974 Tsd.€) betreffen den Berliner Erdgasspeicher.

(17) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2016 T€	2015 T€
Zuführung zur Rückstellung für den Rückbau des Berliner Erdgasspeichers	45.321	0
Werbung, Repräsentation und Verkaufsförderung	21.863	14.849
Ablesungs- und Abrechnungsdienstleistungen	16.028	13.728
IT-Dienstleistungen	9.212	15.424
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	8.826	8.543
Aufwendungen für Mieten und Leasing	3.960	5.512
Ausbuchungen und Wertberichtigungen auf Forderungen	3.465	6.451
Abgaben, Gebühren und Beiträge	1.663	1.698
Versicherungen	976	1.041
Leistungen für Gebäude und Grundstücke	959	1.349
Frachten, Post- und Telefonaufwand	866	844
Verluste aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	143	353
Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	0	21.837
Übrige	5.159	5.087
	118.441	96.716

Zu den Auswirkungen des BilRUG verweisen wir auf unsere Erläuterungen unter "Materialaufwand".

(18) Finanz- und Beteiligungsergebnis

	2016 T€	2015 T€
Erträge aus Beteiligungen	21.251	28.476
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(21.216)	(28.394)
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.287	1.361
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(1.285)	(1.358)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.662	1.222
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(470)	(330)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	8.000	9.038
Aufwendungen aus Verlustübernahme (EAV)	8	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	35.572	39.648
(davon an verbundene Unternehmen)	(33)	(624)
(davon aus Aufzinsung von Rückstellungen)	(11.614)	(6.198)
	-19.380	-17.627

Der Rückgang der Beteiligungserträge entfällt im Wesentlichen auf die verbundenen Unternehmen EMB und SpreeGas.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme (EAV) resultieren aus dem Ergebnisabführungsvertrag vom 16. Dezember 2016 mit der BES.

Der Anstieg der Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen ist im Wesentlichen auf die Laufzeitverkürzung im Zusammenhang mit dem Beschluss zur Einleitung der Stilllegung des Berliner Erdgasspeichers zurückzuführen.

(19) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2016 T€	2015 T€
Körperschaftsteuer	- 114	4.739
Gewerbsteuer	592	746
Gewerbsteuererstattung	7.147	7.034
	7.625	12.519

Die Körperschaftsteuergutschrift resultiert im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme des steuerlichen Verlustrücktrages von 1.000 Tsd.€.

Die Gewerbesteuererstattung beruht auf dem Gesellschaftsvertrag zwischen der GASAG und der NBB. Demnach sind die Kommanditisten der Gesellschaften verpflichtet, die auf steuerrechtlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbelastungen beziehungsweise -entlastungen zu tragen. Aus diesem Erstattungsanspruch resultiert für das laufende Geschäftsjahr ein Gewerbesteueraufwand bei der GASAG in Höhe von 7.147 Tsd.€ (Vj. 7.034 Tsd.€).

(20) Außerbilanzielle Geschäfte / sonstige finanzielle Verpflichtungen VBL

Für alle Tarif- sowie einige außertarifliche Mitarbeiter der GASAG besteht eine Mitgliedschaft bei der VBL. Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2016 für den Abrechnungsverband West 7,86%, davon leistet der Arbeitgeber 6,45% und der Arbeitnehmer 1,41%. Im Abrechnungsverband Ost betrug der Umlagesatz 1,0%, den der Arbeitgeber trägt. Ferner wird im Abrechnungsverband Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 4,0% erhoben, der jeweils zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen wird. Das umlagepflichtige Entgelt im Geschäftsjahr 2016 betrug 14.432 Tsd.€.

Die übrigen außerbilanziellen Geschäfte / sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen:

	31.12.2016 T€
Bezugsverpflichtungen Erdgas, Bioerdgas und Strom ¹	295.425
Nicht ausgeschöpfte Darlehensrahmen	61.021
Bestellobligo aus Investitionsvorhaben, Liefer- und Dienstleistungsverträgen	28.510
Miet- und Leasingverpflichtungen	28.030
Verpflichtungen aus Ablese- und Abrechnungsdienstleistungen	19.710
Sonstiges	12.040
	444.736
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	140.070
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	9.293

¹ Abzinsung gemäß § 285 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 HGB

Bezugsverpflichtungen aus Erdgas, Bioerdgas und Strom

Es bestehen Bezugsverpflichtungen aus Erdgas- und Bioerdgaslieferverträgen aus Standardhandelsgeschäften sowie mit Take-or-pay Klauseln. Unter Berücksichtigung der individuellen Laufzeiten ergeben sich hieraus bis zum Jahr 2032 finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 0,3 Mrd.€.

Im Rahmen der langfristigen Bezugsverträge haben die Vertragsparteien in regelmäßigen Abständen (in der Regel alle drei Jahre) die Möglichkeit, Preisrevisionsbegehren zu stellen.

Leasingverhältnisse

Die GASAG zieht aus den nachfolgenden Leasingverhältnissen Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können.

Die GASAG hat im Jahr 2003 einen Vertrag auf unbestimmte Zeit über die Finanzierung der Beschaffung und der Entsorgung von Hard- und Software geschlossen. Es bestehen eine Zinsgleitklausel sowie ein Ankaufsrecht. Die Verpflichtungen der GASAG sind durch einen Eigentumsvorbehalt des Leasinggebers auf die geleasten Vermögensgegenstände besichert.

Die GASAG hält zwei Rahmenverträge über die Bereitstellung von Fahrzeugen, das Fuhrparkmanagement und die Bereitstellung von Full-Service-Leistungen. Für jedes Kraftfahrzeug wird ein Einzeleasingvertrag zwischen der GASAG und dem Leasinggeber geschlossen. Die Verpflichtungen der GASAG sind durch einen Eigentumsvorbehalt des Leasinggebers auf die geleasten Vermögensgegenstände besichert.

(21) Angaben zu Finanzderivaten

Die Ermittlung des Marktwertes der Finanzderivate erfolgt auf Basis der Mark-to-market-Methode. Mark-to-market beschreibt die börsentägliche Bewertung von zukünftigen Zahlungsströmen der Finanzinstrumente durch Diskontierung. Die Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Instrumente. Mit dieser Methode wird der Marktwert eines abgeschlossenen Finanzinstruments ermittelt. Wesentliche Parameter der Mark-to-market Bewertung bilden die Geschäftsdaten des Finanzinstruments und die Zinsstruktur in der Geschäftswährung.

	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit			Marktwert
	(nominal) T€	bis 1 Jahr T€	über 1 Jahr T€	über 5 Jahre T€	31.12.2016 T€
Commodity-Swaps mit Bewertungseinheit	163.834	104.120	59.714	0	2.926
Zinssatzswaps mit Bewertungseinheit	264.099	47.621	216.478	0	-38.177
Zinssatzswaps ohne Bewertungseinheit	163.727	0	27.766	135.961	-5.643
	591.660	151.741	303.958	135.961	-40.894

Zinssatzswaps ohne Bewertungseinheit beinhalten Sicherungsgeschäfte, für die zum Bilanzstichtag die Voraussetzungen für die Bildung von Bewertungseinheiten nicht erfüllt sind. Für die negativen Marktwerte dieser Geschäfte wurde eine Drohverlustrückstellung gebildet.

Bewertungseinheiten Zinsen

Grundgeschäft / Sicherungsinstrument	Risiko / Art der Bewertungseinheit	Höhe des abgesicherten	
		einbezogener Betrag T€	Risikos T€
Variabel verzinsliche Darlehen / Zinssatzswaps	Zinsänderungsrisiko / portfolio hedge	264.099	-38.177*

* Marktwert zum 31.12.2016

Die GASAG hat per 31. Dezember 2016 die oben aufgeführten Zinsswaps zur Absicherung variabler Cashflows aus Finanzierungen mit Dritten im Bestand. Es wurden Bewertungseinheiten mit eindeutiger Zuordnung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft gebildet, wobei sich die Cashflow-Schwankungen im Sicherungszeitraum 2017 bis 2021 ausgleichen, da die Ausstattung der Sicherungsgeschäfte in Bezug auf ihren variablen Teil grundsätzlich mit den selben Merkmalen wie das jeweilige Grundgeschäft vereinbart wurde.

Bewertungseinheiten Rohstoffe

Grundgeschäft / Sicherungsinstrument	Risiko / Art der Bewertungseinheit	Höhe des abgesicherten Risikos	
		einbezogener Betrag T€	T€
Geplanter Gasbezug / Commodity-Swaps	Preisänderungsrisiko / portfolio hedge	163.834	2.926*

* Marktwert zum 31.12.2016

Die GASAG hat per 31. Dezember 2016 die oben aufgeführten finanziellen Rohstoffderivate zur Absicherung variabler Cashflows aus indexierten Gasbezugsverträgen oder hoch wahrscheinlich geplanten Zukäufen mit Dritten im Bestand. Es wurden Bewertungseinheiten zwischen gaspreisgebundenen Bezugsverträgen sowie geplanten Zukäufen und gasindizierten Sicherungsgeschäften gebildet. Da die Ausstattungsmerkmale der Sicherungsgeschäfte analog der Ausstattungsmerkmale der Grundgeschäfte gewählt werden, gleichen sich die Schwankungen der Cashflows aus Bezugsverträgen und Sicherungsgeschäften in der Zukunft über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte (2017 - 2019) jeweils aus. Der Nachweis der Effektivität der Sicherungsgeschäfte wird mit den relevanten Terminpreiskurven, die sowohl jeweils auf das Grundgeschäft, als auch auf das Sicherungsgeschäft angewandt werden, sichergestellt. Zudem wird der Erfolg der Sicherungsgeschäfte retrospektiv anhand der realisierten Abrechnungsdaten überprüft.

Die gegenläufigen Wertänderungen - bezogen auf das abgesicherte Risiko - von Grund- und Sicherungsgeschäft werden innerhalb einer effektiven Bewertungseinheit bilanziell nicht erfasst.

(22) Haftungsverhältnisse

Die GASAG haftet für die Mieteintrittspflicht gegenüber der Deutschen Leasing AG, Berlin, aus den von der GASAG Contracting geleasteten Wärmeerzeugungsanlagen in Höhe von 2.357 Tsd.€ und für Bürgschaften in Höhe von 42.687 Tsd.€ gegenüber der VBL.

Das Risiko einer Inanspruchnahme aus vorgenannten Haftungsverhältnissen wird aufgrund der guten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der betreffenden Tochterunternehmen als gering eingeschätzt.

Die GASAG, als Eigentümerin des Betriebs und der Anlagen des Berliner Erdgasspeichers, hat für die BES eine Patronatserklärung abgegeben, das Tochterunternehmen stets mit dem notwendigen Kapital auszustatten, um insbesondere alle sich aus den bergrechtlichen Zulassungen ergebenden Anforderungen, bergbehördlichen Auflagen und Anordnungen zeitgerecht erfüllen zu können.

Sonstige Angaben

(23) Latente Steuern

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz.

	31.12.2016		31.12.2015	
	Aktive latente Steuern T€	Passive latente Steuern T€	Aktive latente Steuern T€	Passive latente Steuern T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	8.302	0	8.273
Sachanlagen	0	6.821	27.899	0
Finanzanlagen	891	0	1.183	0
Umlaufvermögen	2.406	0	2.467	0

	31.12.2016		31.12.2015	
	Aktive latente Steuern T€	Passive latente Steuern T€	Aktive latente Steuern T€	Passive latente Steuern T€
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	241	0	310	0
Rückstellungen	34.584	0	26.500	0
Verbindlichkeiten	1.518	0	388	0
Passivischer Abgrenzungsposten	0	0	0	0
	39.640	15.123	58.747	8.273
Steuerliche Verlustvorträge	42.739	0	0	0
Bruttobetrag	82.379	15.123	58.747	8.273
Nettobetrag	67.256		50.474	

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 30,18% ermittelt.

Die Veränderung in den latenten Steuern des Anlagevermögens resultiert aus der sowohl handelsrechtlichen als auch steuerlichen Vollabschreibung des Berliner Erdgasspeichers. Der Ausweis von passiven latenten Steuern bei dem Sachanlagevermögen ist darauf zurückzuführen, dass das im Handelsrecht aktivierte Kissengas steuerlich von den Rückstellungen abgesetzt wird.

Die Veränderung in den latenten Steuern für Rückstellungen resultiert aus dem höheren handelsrechtlichen Ansatz für die Rückbauverpflichtung des Berliner Erdgasspeichers, der auf die steuerliche Gegenrechnung des Kissengases zurückzuführen ist.

Die wirtschaftliche Verschlechterung des Speicherbetriebs spiegelt sich im Ausweis der steuerlichen Verlustvorträge von 42.739 Tsd.€ wider.

Die Aktivierung des Nettobetrages unterblieb in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Aktuell sind keine passiven latenten Steuern in der Bilanz bilanziert und das Wahlrecht wird wahrgenommen, den aktivischen Überhang der latenten Steuern nicht zu bilanzieren. Insofern entfallen die zusätzlichen Angaben.

(24) Angaben zum Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Im Konzernabschluss der GASAG erfolgen die Angaben für das im Geschäftsjahr im Aufwand erfasste Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB.

(25) Bezüge des Aufsichtsrates, des Vorstandes und Ruhestandsbezüge des Vorstandes

	2016 T€
Bezüge des Aufsichtsrats	175
Rückstellung für Vorstandsversorgung	11.910

	2016 T€
(davon für ehemalige Mitglieder des Vorstandes)	(11.910)
Bezüge der früheren Vorstände und ihrer Hinterbliebenen	809
Bezüge der gegenwärtigen Vorstände	1.156

Den angestellten Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat steht weiterhin ein reguläres Gehalt im Rahmen ihres Arbeitsvertrags zu. Dieses orientiert sich an den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes und entspricht einer angemessenen Vergütung für die entsprechende Funktion beziehungsweise Tätigkeit im Unternehmen. Dies gilt entsprechend für den Vertreter der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat.

(26) Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

(ohne Auszubildende, Vorstand und ruhende Arbeitsverhältnisse)

	2016 Anzahl	2015 Anzahl
Frauen	196	200
Männer	215	204
	411	404
davon in passiver Phase der Altersteilzeit	15	19

(27) Angaben zu den Geschäften größeren Umfangs gemäß § 6b Abs. 2 EnWG mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden nachfolgende Geschäfte größeren Umfangs getätigt:

Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftraggeber	
Dienstleistungen	16.660
Ausreichung Gesellschafterdarlehen	12.700
Ausreichung Gesellschafterdarlehen (kurzfristige Finanzierung)	4.000
Grundstücks- und Gebäudemieten	2.175
Zinsen für Ausleihungen, Kontenclearing und sonstige Zinsen	1.754
Übernahme VVA-Zahlungen	500
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftragnehmer	
Ablese- und Abrechnungsdienstleistungen	15.679
IT-Leistungen	2.447

Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftraggeber	
Akquisitionsdienstleistungen	2.234
Dienstleistungen	864
Postaufwand	385
Mieten und Pachten	251

Kurz- und langfristige Gesellschafterdarlehen wurden an die Stadtwerke Forst GmbH, Forst, die SpreeGas und die GASAG Contracting ausgereicht. Des Weiteren bestehen Cash-Pooling-Verträge, deren Volumina variieren.

Die Erträge aus Dienstleistungen beinhalten im Wesentlichen IT-Leistungen und Geschäftsbesorgungen.

Aufwendungen für Abrechnungs- und Ablesedienstleistungen bestehen im Wesentlichen gegenüber der BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG, Berlin.

Darüber hinaus sind Umsatzerlöse aus der Verpachtung des Gasnetzes an die NBB, Aufwendungen aus Netznutzungsentgelten gegenüber der NBB sowie Umsatzerlöse aus der Verpachtung des Erdgasspeichers an die BES und Speicherentgelte gegenüber der BES angefallen.

(28) Angaben nach § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Die GDF SUEZ Beteiligungs GmbH, Berlin, (im Januar 2016 umfirmiert auf ENGIE Beteiligungs GmbH, Berlin) hat gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der GASAG gehört.

Die Vattenfall GmbH, Berlin, hat gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der GASAG gehört.

Das Königreich Schweden hat gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihm mittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der GASAG gehört. Eine gleiche Mitteilung hat die GASAG von der Vattenfall AB und der Vattenfall Deutschland GmbH erhalten.

Die E.ON Beteiligungen GmbH, Düsseldorf, hat nach § 20 Abs. 1 und 3 AktG mitgeteilt, dass ihr ohne Hinzurechnung nach § 20 Abs. 2 AktG mehr als der vierte Teil der Aktien der GASAG gehört.

Uns liegen Mitteilungen der Vattenfall GmbH nach § 20 Abs. 4 AktG vom 23. Dezember 2015 sowie der GDF SUEZ Beteiligungs GmbH nach § 20 Abs. 4 AktG vom 4. Januar 2016 vor, dass von ihnen gemeinsam eine Mehrheitsbeteiligung an unserer Gesellschaft gehalten wird. Aufgrund einer weiteren Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern liegt keine Abhängigkeit im Sinne des § 312 AktG vor.

(29) Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die wesentliche finanzielle Auswirkungen haben.

(30) Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2016 folgende Personen an:

Dr. Lothar Kramm	(Vorsitzender des Aufsichtsrats) Unternehmensberater, Berlin
Andreas Otte	(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats) Angestellter (Betriebsratsvorsitzender) der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin
Ingo Breite	Angestellter der BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG, Berlin
Stefan Dohler	Chief Financial Officer der Vattenfall AB, Stockholm
Georg Friedrichs	Geschäftsführer der Vattenfall Europe Windkraft GmbH, Hamburg
Marian Goetz (bis 18.03.2016)	Vorstandsmitglied der ENGIE Deutschland AG, Berlin
Thomas Henn (ab dem 01.07.2016)	Kaufmännischer Leiter Energie & Leiter Betrieb Erneuerbare Energien ENGIE Deutschland GmbH, Berlin
Gerhard Jochum (bis 30.06.2016)	Unternehmensberater, Berlin
Peter Kamin	Angestellter der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
Dr. Karl Kauermann	Vorstandsvorsitzender der K.M.T. Immobilien AG, Berlin
Dr. Thomas König	Mitglied der Geschäftsführung der E.ON Deutschland/E.ON SE, Essen
Thomas Kokegei	Bereichsleiter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin
Dr. Uwe Kolks	Mitglied der Geschäftsführung der E.ON Energie Deutschland GmbH, München
Annette Krafcheck	Angestellte der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin
Anke Langner (bis 29.02.2016)	Geschäftsführende Direktorin der Enovos Deutschland SE, Saarbrücken
Thorsten Neumann	Angestellter der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
Manfred Schmitz (ab dem 15.03.2016)	Vorstandsvorsitzender der ENGIE Deutschland AG, Berlin
Can Sekertekin	Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin
Marcus Sohns (ab dem 15.03.2016)	Ressortleiter Strategische Kooperationen der ENGIE Deutschland AG, Berlin
Norbert Speckmann (ab dem 19.03.2016)	Geschäftsbereichsleiter Energie Services der ENGIE Deutschland GmbH, Bochum
Susanne Stumpenhuisen	Landesbezirksleiterin, ver.di, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin
Andreas Tabor	Angestellter der BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG, Berlin
Lutz Wegner	Leiter Legal Distribution, Sales & Heat Germany der Vattenfall GmbH, Berlin
Ewald Woste	Unternehmensberater Gmund am Tegernsee

Vorstand

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2016 stellten sich die Geschäftsbereiche des Vorstands wie folgt dar:

Geschäftsbereich I (Vorsitzende): Vera Gäde-Butzlaff

Unternehmensentwicklung, Recht (einschl. Gremienmanagement), Kommunikation (inkl. Marketingkommunikation), Personal, Immobilienmanagement, Arbeitssicherheit, Compliance, Ganzheitliche Kundenlösungen, IT, Revision und Datenschutz.

Geschäftsbereich II (Handel und Vertrieb):

Energieeinkauf/ -handel, Vertrieb, Contracting, Erneuerbare Energien, Kundenbetreuung und Energieabrechnung.

Geschäftsbereich III (Kaufmännisches und Netze): Dr. Jürgen Schmidberger

Rechnungswesen, Controlling, Finanzen, Einkauf, Risikomanagement, Metering, Erdgasspeicher und Netze.

Aufgrund des Ausscheidens des Vertriebsvorstands mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2015 wurde der Geschäftsbereich II (Handel und Vertrieb) und der Bereich IT (vorher Geschäftsbereich I) unter Berücksichtigung der originären Geschäftsverteilung kommissarisch von den übrigen Mitgliedern des Vorstands wie folgt aufgeteilt:

Geschäftsbereich I (Vorsitzende): Vera Gäde-Butzlaff

Vertrieb, Erneuerbare Energien, Contracting, Kundenbetreuung und Energieabrechnung.

Geschäftsbereich III (Kaufmännisches und Netze): Dr. Jürgen Schmidberger

Energieeinkauf/ -handel und IT.

Mit Wirkung zum 1. September 2016 hat der Aufsichtsrat Herrn Matthias Trunk zum weiteren Mitglied des Vorstands der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft bestellt. Herr Matthias Trunk hat den Geschäftsbereich II (Handel und Vertrieb) in der jeweiligen Vorstandsstruktur übernommen, sodass die Mitglieder des Vorstands ihre originär zugeordneten Geschäftsbereiche wieder übernommen haben.

Aufgrund des Neuzugangs im Vorstand und organisatorischen Veränderungen, wurde die Geschäftsverteilung des Vorstands mit Wirkung zum 7. Oktober 2016 neu geregelt und der Wortlaut der Geschäftsverteilung an dem Wortlaut der Geschäftsbereiche innerhalb der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft angepasst, sodass sich die Geschäftsbereiche wie folgt darstellen:

Geschäftsbereich I (Vorsitzende): Vera Gäde-Butzlaff

Unternehmensentwicklung; Vorstandsbüro und strategisches Management; Beteiligungsmanagement; Personal (einschl. Arbeitsschutz & Gesundheitsschutz) und Recht; Konzernkommunikation inkl. Marketing; Compliance; Netze.

Geschäftsbereich II (Vertrieb): Matthias Trunk (ab dem 01.09.2016)

Vertrieb; Energiebeschaffung; Energiedienstleistungen (inkl. Contracting und Metering); Erneuerbare Energien; Kundenbetreuung und Energieabrechnung; Informationstechnologie.

Geschäftsbereich III (Finanzen): Dr. Jürgen Schmidberger

Rechnungswesen; Controlling (inkl. Finanzierung); Einkauf; Konzernrisikomanagement; Revision und Datenschutz; Immobilienmanagement und Erdgasspeicher.

(31) Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand der GASAG schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 7.751 Tsd.€ in voller Höhe für eine Dividende in Höhe von 0,96 € je Aktie zu verwenden.

(32) Konzernabschluss

Die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, stellt zum 31. Dezember 2016 einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), gültig für die Europäische Union, auf.

Berlin, den 17. Februar 2017

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft

Der Vorstand

gez. Vera Gäde-Butzlaff

gez. Dr. Jürgen Schmidberger

gez. Matthias Trunk

Bilanz zum Tätigkeitsabschluss Gasverteilung zum 31.12.2016

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Aktivseite

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	32.207	31.693
2. Geleistete Anzahlungen	528	581
	32.735	32.274
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Gebäude einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	17.414	14.257
2. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	19	30
3. Verteilungsanlagen	635.079	635.531
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	54	64
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.392	37.338
	675.958	687.220
III. Finanzanlagen		

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Anteile an verbundenen Unternehmen	830	830
	709.523	720.324
B. Umlaufvermögen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen berechnete Forderungen	4	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(4)	(0)
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.697	419
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(1.697)	(419)
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	40
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(0)	(40)
4. Sonstige Vermögensgegenstände	9.562	3.307
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(9.562)	(3.307)
(davon aus Steuern)	(9.549)	(3.065)
	11.263	3.766
C. Rechnungsabgrenzungsposten	120	217
	720.906	724.307
Passivseite		
	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
A. Eigenkapital		
Zugeordnetes Eigenkapital	281.466	245.732
B. Sonderposten	42.162	46.050
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	580	777
2. Steuerrückstellungen	2.839	3.262
3. Sonstige Rückstellungen	27.758	27.537
	31.177	31.576
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	343.750	383.651

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(40.570)	(40.704)
(davon mit einer Restlaufzeit 1-5 Jahre)	(171.378)	(173.518)
(davon mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre)	(131.802)	(169.429)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	42	8
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(42)	(8)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11.374	5.826
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(11.374)	(5.826)
4. Sonstige Verbindlichkeiten	10.815	11.248
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(2.084)	(1.621)
(davon mit einer Restlaufzeit 1-5 Jahre)	(3.582)	(3.582)
(davon mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre)	(5.149)	(6.045)
(davon aus Steuern)	(2.085)	(629)
	365.981	400.733
E. Rechnungsabgrenzungsposten	120	216
	720.906	724.307

Gewinn- und Verlustrechnung zum Tätigkeitsabschluss Gasverteilung für den Zeitraum vom 1.1. - 31.12.2016

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

	1.1.- 31.12.2016 T€	1.1.- 31.12.2015 T€
1. Umsatzerlöse	113.136	109.215
(davon externe Umsatzerlöse)	(113.136)	(109.215)
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	8	70
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.609	22.105
4. Materialaufwand	8.023	8.671
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	217	541
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.597	1.090

	1.1.- 31.12.2016	1.1.- 31.12.2015
	T€	T€
c) Materialaufwand gegenüber anderen Unternehmensaktivitäten	6.209	7.040
5. Personalaufwand	9	212
a) Löhne und Gehälter	2	21
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7	191
(davon für Altersversorgung)	(7)	(186)
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	49.019	48.544
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.890	4.647
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	166	170
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(166)	(170)
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.500	18.583
(davon an verbundene Unternehmen)	(33)	(26)
(davon aus Aufzinsung von Rückstellungen)	(51)	(752)
10. Ergebnis vor Steuern	40.478	50.903
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.776	10.366
12. Ergebnis nach Steuern	33.702	40.537
13. Sonstige Steuern	50	55
14. Jahresüberschuss	33.652	40.482
15. Gewinnvortrag	29.376	13.545
16. Bilanzgewinn	63.028	54.027

Anhang zum Tätigkeitsabschluss Gasverteilung

1 Abschreibungsmethoden

Bezüglich der Angaben nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG zu den Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses.

2 Regeln für die Zuordnung der Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie der Aufwendungen und Erträge zu den Sätzen 1 bis 4 gemäß des § 6b Abs. 3 EnWG geführten Konten

Bilanz



Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen werden mittels Personalaufwand geschlüsselt.

Die Schlüsselung der Ertragssteuerpositionen erfolgte analog der in der GuV gebuchten Summe der Ertragssteuern

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt basierend auf dem Anlagevermögen, welches den Tätigkeitsbereichen zugeordnet ist.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgen über die Verrechnung der Stundenschreibung über Aufträge der sogenannten Shared-Service Bereiche sowie entsprechender Verwaltungsgemeinkosten mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung und Gasspeicherung.

Die Zuordnung der Ertragssteuerpositionen erfolgte über eine individuelle Ermittlung. Die Aufwendungen aus Gewerbesteuererstattungen werden dem Tätigkeitsbereich Gasverteilung eindeutig zugeordnet. Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages der NBB KG ist die GASAG gegenüber der NBB KG verpflichtet, die auf steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen beruhenden Gewerbesteuerbelastungen zu tragen beziehungsweise Gewerbesteuerentlastungen zu erstatten. Somit werden die Aufwendungen aus Gewerbesteuererstattungen dem Tätigkeitsabschluss Gasverteilung eindeutig zugeordnet.

Die Schlüsselung ausgewählter Konten aus dem Personalaufwand (Aufwand für Altersvorsorge und Berufsgenossenschaftsbeiträge) erfolgt basierend auf Mitarbeiterzahlen.

Als Schlüsselgröße zur Verrechnung von Verwaltungsgemeinkosten im Rahmen der Unbundlingrechnung werden die von den Shared-Service-Bereichen verrechneten Eigenleistungen herangezogen. Da bei der GASAG die Shared-Service-Bereiche eine detaillierte Eigenleistungsschreibung durchführen, über die sichergestellt ist, dass Aufwände, die für die Unbundlingbereiche anfallen, auch weiterverrechnet werden, kann diese Stundenschreibung als Schlüsselgröße herangezogen werden.

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 19.717 Tsd.€ für Bürgschaften gegenüber der VBL.

3 Änderung der Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr

Gegenüber dem Vorjahr sind keine wesentlichen Änderungen der Zuordnungsregeln vorgenommen worden.

Bilanz zum Tätigkeitsabschluss Gasspeicherung zum 31.12.2016

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Aktivseite

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Gebäude einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.428	1.428
2. Verteilungsanlagen	41.694	105.658
	43.122	107.086
II. Finanzanlagen		
Anteile aus verbundenen Unternehmen	1.053	1.052
	44.175	108.138
B. Umlaufvermögen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	81	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(81)	(0)
2. Sonstige Vermögensgegenstände	374	836
(davon aus Steuern)	(373)	(833)
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(374)	(836)
	455	836
C. Negatives zugeordnetes Eigenkapital	142.779	34.411
	187.409	143.385
Passivseite		
	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
A. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	259	305
2. Steuerrückstellungen	111	0
3. Sonstige Rückstellungen	67.485	11.587
	67.855	11.892
B. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	119.504	130.720
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(11.815)	(11.987)

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
(davon mit einer Restlaufzeit 1-5 Jahre)	(89.717)	(97.636)
(davon mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre)	(17.972)	(21.097)
2. Sonstige Verbindlichkeiten	50	773
(davon aus Steuern)	(44)	(729)
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(50)	(773)
	119.554	131.493
	187.409	143.385

Gewinn- und Verlustrechnung zum Tätigkeitsabschluss Gasspeicherung für den Zeitraum vom 1.1. - 31.12.2016

GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

	1.1.- 31.12.2016 T€	1.1.- 31.12.2015 T€
1. Umsatzerlöse	4.400	4.641
(davon externe Umsatzerlöse)	(4.400)	(4.641)
2. Sonstige betriebliche Erträge	287	1.940
3. Materialaufwand	2.632	2.277
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	827	829
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	276	274
c) Materialaufwand gegenüber anderen Unternehmensaktivitäten	1.529	1.174
4. Personalaufwand	1	16
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1	16
(davon für Altersversorgung)	(1)	(16)
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	63.964	8.602
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	45.697	577
7. Erträge aus Beteiligungen	838	685
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(838)	(685)
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	180	91

	1.1.- 31.12.2016	1.1.- 31.12.2015
	T€	T€
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(91)	(91)
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	9	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.163	6.270
(davon aus Aufzinsung von Rückstellungen)	(10.536)	(44)
11. Ergebnis vor Steuern	-122.761	-10.385
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	265	-876
13. Ergebnis nach Steuern	-123.026	-9.509
14. Sonstige Steuern	56	56
15. Jahresfehlbetrag	-123.082	-9.565
16. Verlustvortrag	-11.954	-12.419
16. Bilanzverlust	-135.036	-21.984

Anhang zum Tätigkeitsabschluss Gasspeicherung

1 Abschreibungsmethoden

Bezüglich der Angaben nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG zu den Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses.

2 Regeln für die Zuordnung der Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie der Aufwendungen und Erträge zu den Sätzen 1 bis 4 gemäß des § 6b Abs. 3 EnWG geführten Konten

Bilanz

Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, dann erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen bestehen im Wesentlichen für die Bildung der Rückstellung für das so genannte VBL-Sanierungsgeld. Die mit der erstmaligen Bildung der Rückstellung in 2006 getroffene Zuordnung in der Schlüsselung wird seitdem stetig angewandt. Die übrigen Pensions- und Personalrückstellungen werden mittels Personalaufwand geschlüsselt.

Die Schlüsselung der Ertragssteuerpositionen erfolgte analog der in der GuV gebuchten Summe der Ertragssteuern.

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt basierend auf dem Anlagevermögen, welches den Tätigkeitsbereichen zugeordnet ist.

Die Ermittlung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erfolgt direkt durch die Zuordnung einzelner Darlehensverträge im Rahmen des Speicherrückkaufes in 2010.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgen über die Verrechnung der Stundenschreibung über Aufträge der sogenannten Shared-Service Bereiche sowie entsprechender Verwaltungsgemeinkosten mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung und Gasspeicherung. Die Zuordnung der Ertragssteuerpositionen erfolgte in einer individuellen Ermittlung.

Die Schlüsselung ausgewählter Konten aus dem Personalaufwand (Aufwand für Altersvorsorge und Berufsgenossenschaftsbeiträge) erfolgt basierend auf Mitarbeiterzahlen.

Als Schlüsselgröße zur Verrechnung von Verwaltungsgemeinkosten im Rahmen der Unbundlingrechnung werden die von den Shared-Service-Bereichen verrechneten Eigenleistungen herangezogen. Da bei der GASAG die Shared-Service-Bereiche eine detaillierte Eigenleistungsschreibung durchführen, über die sichergestellt ist, dass Aufwände, die für die Unbundlingbereiche anfallen auch weiterverrechnet werden, kann diese Stundenschreibung als Schlüsselgröße herangezogen werden.

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 10.250 Tsd.€ für Bürgschaften gegenüber der VBL.

3 Änderung der Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr

Gegenüber dem Vorjahr sind keine wesentlichen Änderungen der Zuordnungsregeln vorgenommen worden.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.



Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Berlin, 27. Februar 2017

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Diederichs, Wirtschaftsprüfer

Ottenhus, Wirtschaftsprüfer

Auszug aus der Niederschrift der ordentlichen Hauptversammlung der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Datum:

31. März 2017

Versammlungsort:

Henriette-Herz-Platz 4
10178 Berlin

Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr

2016

Der Vorsitzende stellte den Beschlussvorschlag von Aufsichtsrat und Vorstand zur Abstimmung, den Bilanzgewinn in Höhe von 7.751 Tausend Euro in voller Höhe für die Ausschüttung einer Dividende am 3. April 2017 in Höhe von 0,96 Euro je Aktie zu verwenden.

Er fragte nach Gegenstimmen und Stimmenthaltungen. Gegenstimmen und Stimmenthaltungen gab es nicht.

Die Vorsitzende stellte fest und verkündete, dass der Beschlussvorschlag mit 8.100.000 Stimmen angenommen wurde.

Berlin, 31.03.2017

Bericht des Aufsichtsrats der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2016



Der Aufsichtsrat hat die Führung der Geschäfte durch den Vorstand in Erfüllung seiner ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Beratungs- und Kontrollaufgaben im Berichtszeitraum intensiv begleitet. Grundlage hierfür waren die ausführlichen, in schriftlicher und mündlicher Form erstatteten Berichte des Vorstands.

Angemessene Überwachung der Geschäftsführung und gute Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand regelmäßig bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft kontinuierlich überwacht. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen eingebunden, die für die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und den Konzern von grundlegender Bedeutung waren.

Der Aufsichtsrat informierte sich unter anderem anhand der Berichte des Vorstands, welche nach Maßgabe des § 90 Abs. 1 und 2 AktG regelmäßig, zeitnah und umfassend sowohl schriftlich als auch mündlich erteilt wurden, über die beabsichtigte Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung einschließlich Finanz-, Investitions- und Personalplanung, die Rentabilität der Gesellschaft und die strategische Weiterentwicklung. Der Aufsichtsrat befasste sich mit der Berichterstattung des Vorstands über die Lage der Gesellschaft, der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und des Konzerns sowie deren jeweilige Geschäfts-, Umsatz- und Ertragsentwicklung, der Vermögens- und Finanzlage einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements. Zu Beanstandungen sah der Aufsichtsrat keinen Anlass.

Der Aufsichtsrat informierte sich über Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen, welche vom Vorstand jeweils detailliert erläutert und begründet wurden. Sämtliche für das Unternehmen bedeutende Geschäftsvorgänge erörterte der Aufsichtsrat anhand der schriftlichen und mündlichen Berichte des Vorstands ausführlich.

Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in ständigem Kontakt mit dem Vorstand, um sich über aktuelle Geschäftsvorfälle zu informieren.

Wenn für Entscheidungen oder Maßnahmen aufgrund der Gesetze, Satzung oder Geschäftsordnung eine Zustimmung erforderlich war, prüften die Mitglieder des Aufsichtsrats, unter anderem vorbereitet durch die Ausschüsse, die Beschlussvorlagen in den Sitzungen oder verabschiedeten sie aufgrund von schriftlichen Informationen. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat eingebunden. Die in den Berichten geschilderte wirtschaftliche Lage der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, deren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und des Konzerns waren Gegenstand sorgfältiger Erörterung.

Aufsichtsrat und dessen Ausschüsse

Im Geschäftsjahr 2016 trat der Aufsichtsrat zu acht Sitzungen zusammen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen regelmäßig an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Der Aufsichtsrat hat vier Ausschüsse: den Bilanzausschuss, der auch die Aufgaben des Prüfungsausschusses wahrnimmt, den Personalausschuss, das Präsidium und den Mitbestimmungsausschuss. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, Themen und Beschlüsse der Aufsichtsratssitzungen vorzubereiten. Zum Teil nehmen sie auch Entscheidungsbefugnisse wahr, die ihnen vom Aufsichtsrat übertragen wurden. Die Ausschüsse tagten im Geschäftsjahr 2016 insgesamt in sechzehn Sitzungen. Der Aufsichtsrat wurde über die Arbeit der Ausschüsse und die gefassten Beschlüsse durch deren Vorsitzende ausführlich informiert.

Der Mitbestimmungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2016 viermal.

Das Präsidium und der mit dem Präsidium personenidentische Personalausschuss traten im Geschäftsjahr 2016 insgesamt zu acht Sitzungen zusammen. Im Geschäftsjahr 2016 hat sich das Präsidium/der Personalausschuss mit den Vorstandsangelegenheiten und der Erteilung von Prokuren beschäftigt.

Der Bilanzausschuss ist zugleich Prüfungsausschuss im Sinne des § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG. Der Bilanz-/ Prüfungsausschuss informierte sich bei dem Leiter der Konzernrevision über seine Prüfungshandlungen. Der Bilanz-/ Prüfungsausschuss trat im Geschäftsjahr 2016 zu vier Sitzungen zusammen. Der Bilanz-/ Prüfungsausschuss hat sich mit der Vorprüfung der Vorlagen von Themen auf finanziellem Gebiet beschäftigt. Der Bilanz-/ Prüfungsausschuss beriet unter anderem über den Jahresabschluss 2015 der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und des Konzerns sowie über die Unternehmensplanungen der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und des Konzerns für 2017.

Beratungsschwerpunkte und Beschlussfassungen in den Aufsichtsratssitzungen

Neben den sich aus dem laufenden Geschäft ergebenden wesentlichen Beratungsthemen war die Arbeit des Aufsichtsrates in 2016 vom Konzessionsvergabeverfahren Gas des Landes Berlin geprägt. Die Entscheidung des BGH zur Rechtsbeschwerde gegen den Beschluss des Berliner Kammergerichts zur Nebenintervention von Berlin Energie wurde am 25. Januar 2017 veröffentlicht. Der Termin für die mündliche Verhandlung im Berufungsverfahren gegen das Urteil des Landgerichts Berlin vom 9. Dezember 2014 wird in 2017 erwartet. Der Aufsichtsrat stimmte der Verlängerung der Interimsvereinbarung zum Gasnetz-konzessionsvertrag mit dem Land Berlin für 2017 zu.

Die Entwicklung der Vorstandsstruktur, die strategische Weiterentwicklung sowie die Überprüfung und Weiterentwicklung der Unternehmensstruktur wurden diskutiert. Gegenstand der Erörterungen im Aufsichtsrat waren unter anderem die wirtschaftliche Lage und die Perspektiven des Konzerns und der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, der Jahresabschluss 2015 und die Wirtschafts-, Investitions-, Finanz- und Personalplanung für den Zeitraum 2017 bis 2019. Im Geschäftsjahr 2016 hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit Wachstums- und Investitionsprojekten sowie mit den Maßnahmen und Strategien der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft im Hinblick auf die zukünftige Ausrichtung des Unternehmens befasst.

In 2016 beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit der Anpassung der allgemeinen Gas- und Strompreise für die Grund- und Ersatzversorgung der GASAG-Gruppe für das Jahr 2017.

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2016 mit der Beteiligungsstruktur des Konzerns beschäftigt. Er hat dem gesellschaftsrechtlichen Formwechsel der Berliner Erdgasspeicher GmbH & Co. KG in Form einer erweiterten Anwachsung durch Einbringung der Kommanditgesellschaftsanteile in die Berliner Erdgasspeicher Verwaltungs-GmbH zugestimmt. Weiter befasste sich der Aufsichtsrat mit der Zustimmung zur Beantragung eines Stilllegungsverfahrens für den Berliner Erdgasspeicher und zur Abgabe einer Patronatserklärung gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg für den Berliner Erdgasspeicher.

Zur Bündelung der einzelnen Energiedienstleistungseinheiten innerhalb der GASAG-Gruppe hat der Aufsichtsrat der Verschmelzung der GASAG Contracting GmbH auf die umetrig Metering Services GmbH, die in GASAG Solution Plus GmbH umfirmiert wird, zugestimmt.

Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat mit dem Erwerb von Geschäftsanteilen an einer Dienstleistungs GmbH und an einem Smart Home Anbieter durch die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, dem Erwerb von Geschäftsanteilen an der WGI GmbH durch die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG und dem Erwerb von Kommanditanteilen an fünf Projektgesellschaften im Bereich Photovoltaik durch die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH befasst. Auch stimmte der Aufsichtsrat der Gründung der Netzgesellschaft Hennigsdorf GmbH durch die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH gemeinsam mit der Stadtwerke Hennigsdorf GmbH zu.

Darüber hinaus stimmte der Aufsichtsrat der Gewährung eines Gesellschafterdarlehens für die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH durch die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft zu.

Aufgrund der Veränderung in der Besetzung des Vorstands hat sich der Aufsichtsrat mit der Änderung der Geschäftsordnung für den Vorstand befasst und diese angepasst.

Jahres- und Konzernabschluss 2016, Abschlussprüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft wurden nach den Regeln des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt, der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS) unter Berücksichtigung von § 315a HGB. Der Jahresabschluss der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie die Lageberichte des Vorstands für die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und den Konzern sind von der als Abschlussprüfer gewählten Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen worden. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und des Konzernabschlusses haben die Abschlussprüfer zugleich das im Unternehmen bestehende Risikofrüherkennungssystem und dessen Funktionsfähigkeit geprüft. Die Prüfung hat ergeben, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems in geeigneter Weise getroffen hat, und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.



An den Sitzungen des Aufsichtsrats sowie seines Bilanz-/ Prüfungsausschusses, in denen über den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss 2016 der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und den Konzernabschluss 2016, die Lageberichte der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und des Konzerns und den Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft beraten wurde, haben die Abschlussprüfer teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich umfassend mit den Jahresabschlussarbeiten beschäftigt und von den Prüfungsergebnissen Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und des Konzernabschlusses, der Lageberichte des Vorstands für die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und des Konzerns und des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und den Konzernabschluss; der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Gesellschafterkreis und Vorstand

Der Gesellschafterkreis der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2016 nicht verändert.

Mit Wirkung zum 1. September 2016 hat der Aufsichtsrat Herrn Mathias Trunk zum weiteren Mitglied des Vorstands bestellt. Darüber hinaus gab es in 2016 keine weitere Veränderung in der Besetzung des Vorstands der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft.

Am 15. März 2016 hat die Hauptversammlung der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft § 16 Vergütung der Satzung der Gesellschaft geändert. Die Satzungsänderung wurde am 18. März 2016 in das Handelsregister eingetragen. Weiter hat die Hauptversammlung der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft am 16. Dezember 2016 die Satzung der Gesellschaft vollständig neugefasst. Die Satzungsänderung wurde am 20. Dezember 2016 in das Handelsregister eingetragen.

Besetzung im Aufsichtsrat

Herr Erik von Scholz legte sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2015 nieder. Frau Anke Langner legte ihr Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum Ablauf des 29. Februar 2016 nieder. Herr Marian Goetz legte sein Mandat im Aufsichtsrat mit Wirkung zum Ablauf des 18. März 2016 nieder. In der außerordentlichen Hauptversammlung am 15. März 2016 wurden Herr Manfred Schmitz und Herr Marcus Sohns neu in den Aufsichtsrat gewählt. Des Weiteren wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung am 15. März 2016 Herr Norbert Speckmann mit Wirkung zum 19. März 2016 neu in den Aufsichtsrat gewählt. Herr Gerhard Jochum legte mit Wirkung zum Ablauf des 30. Juni 2016 sein Aufsichtsratsmandat nieder. In der Hauptversammlung am 1. Juli 2016 wurde Herr Thomas Henn neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Herr Dr. Lothar Kramm, Herr Andreas Otte, Herr Ingo Breite, Herr Stefan Dohler, Herr Georg Friedrichs, Herr Marian Goetz (bis 18. März 2016 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Thomas Henn (seit 1. Juli 2016 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Gerhard Jochum (bis 30. Juni 2016 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Peter Kamin, Herr Dr. Karl Kauermann, Herr Thomas Kokegei, Frau Annette Krafescheck, Herr Dr. Uwe Kolks, Herr Dr. Thomas König, Frau Anke Langner (bis 29. Februar 2016 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Thorsten Neumann, Herr Manfred Schmitz (seit 15. März 2016 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Can Sekertekin, Herr Marcus Sohns (seit 15. März 2016 Mitglied des Aufsichtsrats), Herr Norbert Speckmann (seit 19. März 2016 Mitglied des Aufsichtsrats), Frau Susanne Stumpfenhusen, Herr Andreas Tabor, Herr Lutz Wegner und Herr Ewald Woste.

Herr Stefan Dohler legte sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum Ablauf des 8. Januar 2017 nieder. In der außerordentlichen Hauptversammlung am 16. Dezember 2016 wurde Herr Tuomo Hatakka mit Wirkung zum 9. Januar 2017 in den Aufsichtsrat gewählt.



Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand, dem Betriebsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und des Konzerns für die im Geschäftsjahr 2016 geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Berlin, im März 2017

Der Aufsichtsrat

Dr. Lothar Kramm, Vorsitzender